

**Stenographischer Bericht**  
über die  
**50. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz**  
im Görresbau zu Koblenz  
am 15. Februar 1949

## Tagesordnung:

	Seite
1. Erste Beratung eines Landesgesetzes über die Staatsangehörigkeit von Ausgebürgerten (Drucksache II/835)	1291
<i>In erster Beratung einstimmig angenommen; Überweisung an den Rechtsausschuß</i>	1292
2. Erste Beratung eines Landesgesetzes über die Zuständigkeit des Oberlandesgerichtes in Neustadt (Haardt) in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Drucksache II/823)	1292
<i>In erster Beratung einstimmig angenommen; Überweisung an den Rechtsausschuß</i>	1292
3. Berichterstattung des Agrarpolitischen Ausschusses zur Drucksache II/628 - Antrag der CDU - betreffend Festsetzung des Milcherzeugerpreises auf 26 Dpf. Berichtersteller: Abg. Rüb (Drucksache II/844)	1292
<i>Antrag des Agrarpolitischen Ausschusses einstimmig angenommen</i>	1293
4. Erste Beratung eines Landesgesetzes über den Aufbau in den Gemeinden (Aufbaugesetz) (Drucksache II/801)	1293
<i>In erster Beratung einstimmig angenommen; Überweisung an den Wiederaufbau-, Haupt- und Rechtsausschuß</i>	1294
5. Erste Beratung eines Landesgesetzes über die Auflösung des Reichsnährstandes und zur Überleitung von Aufgaben und Befugnissen auf den Gebieten der Ernährungswirtschaft und der Landwirtschaft (Drucksache II/826)	1294
<i>In erster Beratung einstimmig angenommen; Überweisung an den Agrarpolitischen und Rechtsausschuß</i>	1294
6. Berichterstattung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Drucksache II/764 - Antrag der CDU. - betreffend Erhöhung der Grenzzahl der Obstabfindungsbrennereien Durch Erhöhung der Grenzzahl der Obstabfindungsbrennereien erledigt	1294 1295
7. Berichterstattung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Drucksache II/502 - Antrag der KPD. - betreffend Festsetzung des Umtauschverhältnisses auf 20 v. H. für Konten unter 5000 RM. Berichtersteller: Abg. Dauber (Drucksache II/838)	1295
<i>Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses (Drucksache II/838) einstimmig angenommen</i>	1295

	Seite
<b>8. Erste Beratung eines Antrages der Fraktion der CDU. betreffend Landesgesetz über Reblauskassen</b>	1295
(Drucksache II/836)	
<i>In erster Beratung einstimmig angenommen; Überweisung an den Agrarpolitischen und Rechtsausschuß</i>	1296
<b>9. Erste Beratung eines Landesgesetzes über besondere Wertfortschreibungen von Einheitswerten des Grundbesitzes auf den 21. Juni 1948</b>	1296
(Drucksache II/840)	
<i>In erster Beratung einstimmig angenommen; Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuß</i>	1296
<b>10. Erste Beratung eines Landesgesetzes über die Weitererhebung der Abschlagszahlungen zur Einkommen- und Körperschaftsteuer</b>	1296
(Drucksache II/842)	
<i>In erster Beratung einstimmig angenommen; Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuß</i>	1297
<b>11. Große Anfrage der Fraktion der KPD. betreffend Remilitarisierung Westdeutschlands</b>	1297
(Drucksache II/815)	
<i>Beantwortung durch den Chef der Staatskanzlei Dr. Haberer; Besprechung durch die Parteien</i>	1299
<b>12. Große Anfrage der Fraktion der KPD. betreffend Realisierung des Artikels 61 der Verfassung</b>	1303
(Drucksache II/814)	
<i>Beantwortung durch Staatssekretär Dr. Steinlein</i>	1304

## Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Altmeier, die Staatsminister Bölkenkrüger, Junglas,  
Steffan, Stübinger, der Chef der Staatskanzlei Dr. Haberer,  
Staatssekretär Dr. Steinlein

## Es fehlten:

Entschuldigt: Die Abgeordneten Bögler, Böhm, Brenner, Fr. Doerner,  
Dörr, Frau Dr. Gantenberg, Dr. Groß, Müller, Dr. Ritterspacher, Dr. Süsteihenn

Unentschuldigt: Die Abgeordneten Dr. Hoffmann, Matthes

## Rednerverzeichnis:

Präsident	1290, 1291, 1292, 1293, 1294, 1295, 1296, 1297, 1299, 1301, 1302, 1303, 1304, 1305
Wagner (SPD.)	1291
Dr. Zimmer (CDU.)	1292, 1295, 1304
Rüb (SPD.)	1292
Staatssekretär Schmidt	1293
Franck (DP.)	1294
Staatsminister Stübinger	1294, 1295
Beckenbach (SPD.)	1296
Wohlleben (DP.)	1296, 1297
Jacobs (SPD.)	1297, 1299
Feller (KPD.)	1297, 1304, 1305
Staatsminister a. D. Dr. Haberer	1299
Steger (DP.)	1301
Dr. Wuermeling (CDU.)	1301, 1302
Buschmann (KPD.)	1302, 1303
Staatssekretär Dr. Steinlein	1304
Hertel (SPD.)	1304
Ministerpräsident Altmeier	1304

**50. Plenarsitzung des Landtags von Rheinland-Pfalz am 15. Februar 1949**

Beginn: 14.15 Uhr.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Die 50. Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz ist eröffnet. Beisitzer der heutigen Sitzung sind die Abgeordneten Gänger und Selzer. Die Rednerliste führt der Abgeordnete Gänger.

Entschuldigt zur heutigen Sitzung sind die Abgeordneten Dr. Ritterspacher, Dr. Groß, Müller, Böhm, Dr. Weiß, Doerner, Dörr und Böglar. Das Haus hat davon Kenntnis genommen.

Die Frau Abgeordnete Dr. Gantenberg bittet um einen sechswöchigen Urlaub, da sie zu einer Studienreise nach England gefahren ist. Das Haus ist hiermit einverstanden, der Urlaub ist bewilligt.

Meine Damen und Herren! Sie werden es mir erlassen, an dieser Jubiläumssitzung, wenn ich sie einmal so bezeichnen darf, die Arbeit unseres Parlaments in den 50 Plenarsitzungen, aber was eigentlich noch wichtiger ist, in den 234 Ausschusssitzungen, zu würdigen. Ich werde das zu gegebener Zeit nachholen. Zu Beginn der letzten Sitzung habe ich die Arbeit unseres Parlaments bereits gewürdigt, und ich möchte die heutige Sitzung damit eröffnen, daß ich dem Wunsche Ausdruck gebe, daß wir weiter in wahrer demokratischer Gesinnung, d. h. in der Achtung vor der Überzeugung des anderen, unsere Arbeit zum Wohle unseres Volkes fortsetzen werden. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich habe zunächst eine Reihe von Mitteilungen Ihnen bekanntzugeben.

Der Bund für Körperbehinderte und Hinterbliebene spricht dem Landtag seinen Dank aus für die Verabschiedung des Gesetzes zur Versorgung der Kriegsoffer und Kriegshinterbliebenen.

Die Landesregierung teilt auf den Beschluß des Landtags vom 19. Oktober 1948 betr. Entlassungen bei der Betriebsvereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahnen folgendes mit:

„Wie bereits in der Sitzung des Landtags vom 19. Januar 1949 von Herrn Ludwig ausgeführt worden ist, hat der Eisenbahnverkehrsrat die ursprünglich geforderte Entlassung von 7000 Arbeitskräften auf die Zahl von 2850 vermindern können. In der Sitzung des Eisenbahnverkehrsrates vom 25. Januar 1949 wurde dieser Beschluß ausdrücklich aufrecht erhalten, so daß außer den bisherigen Kündigungen weitere vorerst nicht erfolgen.“

„In Vertretung:  
gez. Steinlein.“

Die Landesregierung teilte unter dem 7. Februar zu dem Beschluß des Landtages vom 30. September 1947 folgendes mit:

„Die Pläne zur Schulreform sind bisher in fünf Bezirkskonferenzen zur Erörterung gestellt worden. Sowohl die höheren Schulen als auch die Volksschulen sind zu einem eingehenden Bericht zum 1. April 1949 aufgefordert worden. Ferner haben Verhandlungen mit den Kultusministerien der Länder der französischen Zone stattgefunden, weil ich Wert darauf lege, daß die Pläne aufeinander abgestimmt werden. Die endgültige Vorlage des Schulreformplanes wird voraussichtlich im Laufe des Sommers erfolgen.“

gez.: Unterschrift.“

Zu dem Beschluß des Landtages vom 15. Juli 1948 betr. Grabstätte des Freiherrn vom Stein wird folgendes mitgeteilt:

„Nachdem der Herr Minister der Finanzen mit Erlaß I Hs 19 944/48 vom 18. Dezember 1948 seine Zustimmung zu der von mir beantragten außerplanmäßigen Haushaltsausgabe in Höhe der in meinem Bericht vom 4. November 1948 - Gen. 3292 - erwähnten Kosten von 2000 DM erteilt hat, habe ich dem Landeskonser-

vator hiervon im laufenden Monat 500 DM und für Februar 1500 DM zur Verfügung gestellt mit dem Ersuchen, die Ausführung der vorgesehenen Instandsetzungsarbeiten zu veranlassen. Sobald diese durchgeführt sind, werde ich entsprechend berichten.“

Nach Eingang des Abschlußberichtes des Ministers erhalten Sie weitere Nachricht.

gez. Unterschrift.“

Die Landesregierung hat auf den Beschluß des Landtags vom 19. Januar 1949 zur Drucksache Nr. II/620 mit folgendem Schreiben erwidert. Ich bitte den Abgeordneten Gänger, das Schreiben vorzulesen:

Abg. Gänger:

Schon erhebliche Zeit vor dem Beschluß vom 19. Januar 1949 hat das Finanzministerium Schritte bei der Landeszentralbank, der Bank Deutscher Länder und der Militärregierung unternommen, um den Wünschen der Sparkassen auf günstigere Behandlung bei der Umstellung zum Erfolg zu verhelfen. Es kam hierbei dem Finanzministerium unseres Landes zustatten, daß auch in den Ländern der Bizone ähnliche Bestrebungen einsetzten.

In der Frage der Unterhaltung der Mindestreserven bei den Landeszentralbanken ist seitens der Bank Deutscher Länder die Zusage gegeben worden, einer Unterhaltung der Mindestreserven der Sparkassen bei den zuständigen Girozentralen zuzustimmen. Die Pflicht zur Unterhaltung der Mindestreserve gegenüber der Landeszentralbank liegt dann, worauf besonders hingewiesen sei, bei der Girozentrale. Nach Mitteilung des Präsidenten der Landeszentralbank liegt zur Zeit ein entsprechender Verordnungsentwurf in Frankfurt vor.

Der zweite Antrag der Sparkassen, bei der Berechnung der Mindestreserven die Spareinlagen außer Ansatz zu lassen, ist als solcher abgelehnt worden; indessen wurde auf unsere und anderer Stellen dringende Befürwortungen zugelassen, daß bei der kürzlich angeordneten Erhöhung der Mindestreserven die Spareinlagen von dieser Erhöhung ausgenommen werden.

Dem schließlich noch gestellten Antrag, die Sparbestände auf die Mindestreserven anzurechnen, wird nicht stattgegeben werden können, da er praktisch zu einer Aufhebung der Mindestreservenbildung führen würde. Ein solcher Antrag ist mir auch von der Sparreservenvertretung bisher nicht vorgelegt worden. Wir möchten deshalb von einem diesbezüglichen Schritte bei der Bank Deutscher Länder absehen.

Präsident:

Zu dem Beschluß des Landtages vom 16. Dezember 1948 ging folgendes Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten ein:

„Betr. Beschluß des Landtags vom 16. Dezember 1948 - II/714 - In dieser Sache teilt das Arbeitsministerium unter dem 28. Januar 1949 IV c M/Sch/11133 Tgb. Nr. 3589 - folgendes mit:

„Mit Schreiben vom 9. Dezember 1948 haben wir die Landesversicherungsanstalt Rheinland-Pfalz in Speyer angewiesen, die seit 31. Oktober 1948 nicht mehr gezahlten Rententeile der Lothringer Knappschaft den in Rheinland-Pfalz ansässigen Berechtigten der Saarknappschaft vorlagemäßig anzuweisen. Die Renten an die Berechtigten werden sofort nach Eingang der hierfür von der Saarknappschaft angeforderten Unterlagen (Name des Berechtigten und Höhe des zu zahlenden Betrages) von der knappschaftlichen Leitstelle der LVA Rheinland-Pfalz in Speyer angewiesen werden. Erstattung der vorgelegten Beträge durch das Land wurde garantiert.“

Gleichzeitig haben wir die Militärregierung unter eingehender Darlegung der Verhältnisse um Prüfung der Angelegenheit und geeignete Vorstellungen bei der französischen Regierung gebeten.“

Sobald die Mitteilung des Arbeitsministeriums über das Ergebnis der letztgenannten Verhandlungen vorliegt, erhalten Sie weitere Nachricht.

Im Auftrage:  
gez. Unterschrift."

Zu Drucksache Nr. II/502 lasse ich jetzt die Abschrift einer Übersetzung einer Note der Militärregierung betr. Streichung der 70 Prozent der Festkonten zur Verlesung bringen:

„Mit Schreiben Nr. 1089/48/M vom 4. November 1948 glaubten Sie, mir ein Gesuch unterbreiten zu sollen, das darauf hinfielte, eine Revision des Artikels I Buchst. a der Verordnung 175 herbeizuführen, durch welche die Streichung von 70 Prozent der Festkonten beschlossen wurde.

Dieses Gesuch, das im Landtag am 24. November 1948 von der SPD-Fraktion vorgelegt wurde, forderte die Landesregierung auf, mit den Behörden der Militärregierung zu verhandeln, um die Annullierung der gesetzlichen Verfügung über die Teil-Streichung der Festkonten herbeizuführen.

Ich erlaube mir, Sie davon zu unterrichten, daß die Streichung der Sieben Zehntel der Festkonten einem interalliierten Beschluß entspricht, der in Übereinstimmung mit dem Artikel 3 des Abschnittes II der Verordnung 160 gefaßt wurde, um die umlaufende Papiergeldmenge zu verringern und der Preiserhöhung, die sich seit der Währungsreform bemerkbar machte, entgegenzuwirken.

Es ist mir deshalb nicht möglich diese Frage erneut zu prüfen, da sie endgültig von den drei Oberbefehlshabern entschieden ist, und ich würde mich deshalb gezwungen sehen, gegen jeden neuen Antrag, diese Angelegenheit vor dem Landtag zu verhandeln, ein Veto einzulegen.

gez. Unterschrift."

Zu Drucksache Nr. II/644 wird durch die Staatskanzlei folgendes mitgeteilt:

„Dieses Gesetz wurde der Militärregierung am 19. Oktober unter Hinweis auf die besondere Dringlichkeit zur Genehmigung vorgelegt. Am 3. November 1948 teilte die Militärregierung mit, daß sie gegen die Veröffentlichung keine Bedenken habe mit dem Vorbehalt, daß

1. die vom Ministerrat beschlossenen Verordnungstexte, die auf diesem Gesetz beruhen, vor ihrer Verkündung der Militärregierung zwecks Sichtvermerks zugeleitet würde.

2. daß selbige Texte gemäß Art. 3 der Verfassung von Rheinland-Pfalz dem Landtag zur Bestätigung vorgelegt würden. Da das Gesetz bis zum 15. November 1948 befristet war und bis dahin eine Bereinigung der Unstimmigkeiten mit der Militärregierung erzielt werden konnten, unterblieb die Veröffentlichung, zumal auch die Militärregierung das Gesetz mit Note vom 18. November 1948, die hier am 22. November einging, für gegenstandslos erklärte.

In Vertretung:  
gez. Unterschrift."

Zu Drucksache Nr. II/723 teilt der Herr Ministerpräsident folgendes mit:

„Den vorstehend bezeichneten Gesetzentwurf, der dem Landtag mit Schreiben vom 2. Dezember 1948 zugeleitet wurde, ziehe ich hiermit zurück.“

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung wurde Ihnen zugeleitet. Der Ältestenrat ist mit der Aufstellung der Tagesordnung einverstanden. Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Die Tagesordnung ist in der vorgelegten Form angenommen.

Wir kommen zu Punkt I der Tagesordnung: Erste Beratung eines Landesgesetzes über die Staatsangehörigkeit von Ausgebürgerten (Drucksache Nr. II/835). Wird das Wort erbeten?

Der Abgeordnete Wagner (SPD.) hat das Wort.

Abg. Wagner:

Meine Damen und Herren! Die erste Lesung beschränkt sich nach unserer Geschäftsordnung auf allgemeine Betrachtungen über die Grundsätze eines Gesetzentwurfes. Ich möchte daher nur in ganz allgemeinen Betrachtungen über diesen Gesetzentwurf sprechen. Aber eine solche allgemeine Betrachtung über den Grundsatz scheint mir sehr notwendig zu sein, da der Grundsatz, der hier in diesem Entwurf zum Auskommt, von mir als unrichtig bezeichnet wird. Worum geht es? Es geht darum, daß Männer und Frauen, die als Feinde des Nationalsozialismus ihr Vaterland verlassen haben, um Leben oder Freiheit zu retten, von dem verbrecherischen deutschen faschistischen System ihrer Staatsangehörigkeit beraubt worden sind. Es geht darum, daß jene Usurpatoren, die in der unglücklichsten Zeit der deutschen Geschichte die Macht gehabt haben sich das Recht herausnahmen, Menschen, die seit Generationen Deutsche waren und immer Deutsche geblieben sind, als Nichtdeutsche zu erklären. (Zuruf Abg. Hertel (SPD.): Sehr richtig!) Es geht darum zu untersuchen, ob ein deutsches Parlament des Jahres 1949, nachdem das verbrecherische Nazisystem zerstört war und mit ihm leider auch Deutschland, ob sich ein deutsches Parlament auf den Standpunkt stellen will, daß an jenen brutalen, allen natürlichen Empfindungen und allen Sittengesetzen widersprechenden verbrecherischen Akten eines Hitlerregimes auch nur ein Schein von Recht haften soll. (Zuruf: Sehr richtig!) Es ist mehr als ein Schein von Recht, der ihm gewährt wird durch dieses Landesgesetz. Dieses Landesgesetz will zwar gnädigst den Männern und Frauen, denen man aberkannt hat vom Hitlersystem, Deutsche zu sein, denen, die draußen in der Welt Deutsche geblieben sind und die für die deutsche Demokratie gekämpft und gearbeitet haben, denen, die im ersten Augenblick, als die Rückkehr in das deutsche Vaterland möglich war, zurückgekehrt sind, daß man denen gnädigst erlaube, einen Antrag zu stellen (Sehr gut!), auf daß die allerhöchste Behörde dann erkläre: Wir werden dir genehmigen, wieder Deutscher zu sein!

Meine Damen und Herren! Die Männer und Frauen, die ausgebürgert worden sind auf Grund jenes barbarischen Regimes, und die zurückgekehrt sind nach Deutschland, die zum Teil aus den reichsten Ländern der Welt in das ärmste kamen, brauchen die einen staatlichen Stempel daß sie wieder Deutsche sind? Sie sitzen zum Teil in Parlamenten und dürften eigentlich nicht darin sitzen, denn sie müssen ja erst bei der unteren Verwaltungsbehörde nach diesem Gesetzentwurf einen Antrag stellen, daß sie wieder Deutsche werden. Meine Damen und Herren! Das ist sicher nicht die Absicht desjenigen, der den Gesetzentwurf gemacht hat und ganz bestimmt nicht die Absicht der Regierung. Mit dieser Frage beschäftigen sich aber die, die davon betroffen sind, und sie empfinden es, so wie der Gesetzentwurf jetzt aussieht, als eine Beleidigung, sie empfinden es als eine völlige Verkennung der Tatsachen und sie empfinden es geradezu als eine Anerkennung eines verbrecherischen Aktes der Hitlerregierung.

Wir haben uns vor nicht ganz einer Woche im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates in Bonn mit der gleichen Frage beschäftigt. Ich habe im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates meinen Standpunkt klargemacht, bin auch gegen jenen Entwurf, der ähnlich war wie der heutige, aufgetreten und habe einen einstimmigen Beschluß des Parlamentarischen Rates herbeigeführt, und zwar einen einstimmigen Beschluß, der sich in folgender Richtung bewegt. Diejenigen - ich habe nicht den Wortlaut da, ich sage es nur

dem Sinne nach, vielleicht sogar dem Text nach - die zwischen dem 30. Januar 1933 und Mai 1945 durch die Maßnahmen der Hitlerregierung ausgebürgert worden sind, gelten, wenn sie nach dem 8. Mai 1945 nach Deutschland zurückgekehrt sind, als nichtausgebürgert, wenn sie nicht einen entgegengesetzten Willen bekundet haben. Und damit treffen wir alles. Es gibt nämlich Männer und Frauen, nicht nur jüdische Flüchtlinge, es gibt auch unter Umständen andere, die eine andere Staatsangehörigkeit angenommen haben und nun in reicheren Ländern besser leben und dort bleiben werden, die zum Teil die Staatsangehörigkeit noch nicht angenommen haben in den anderen Ländern, aber nicht die Absicht haben zurückzukehren und es gibt sogar solche, die zurückgekehrt sind in höherer Mission, die gar keinen Wert darauf legen, Deutsche zu sein. Wir wollen sie berücksichtigen und ihnen nicht schaden. Sie haben es in der Hand, indem sie nach meinem Vorschlag ihren entgegengesetzten Willen auszudrücken brauchen, um die Ausbürgerung wirksam zu machen oder zu lassen. Dann erkennen sie für sich an, ausgebürgert zu sein und sind keine Deutschen mehr. Wir, die wir zurückgekehrt sind - ich darf mich hier einmal juristisch ausdrücken - die wir durch konkludente Handlungen bewiesen haben, glauben, daß wir Deutsche sind, und daß wir das glauben bewiesen zu haben nicht nur im Inland, sondern draußen in einer Welt, die es uns persönlich in der schwierigsten Zeit nicht immer leicht gemacht hat. Wir aber sagen: Wir haben es nicht nötig und dulden es nicht, daß wir erst darum betteln müssen, die Staatsangehörigkeit wieder zu bekommen. Dazu kommt noch eine rein staatsrechtliche Frage. Es ist gar kein Zweifel, daß jener Paragraph der Übergangsbestimmungen zum Grundgesetz, der auf meinen Antrag so formuliert worden ist, in kurzer Zeit ein Bundesrecht darstellen wird, das auch nach den Bestimmungen der neuen Verfassung genau wie nach den Bestimmungen der Weimarer Verfassung, Landesrecht bricht, daß dieses Bundesrecht entscheidend sein wird, so daß, wenn dieses Bundesrecht sein wird, diese Bestimmung überhaupt aufgehoben würde. Es scheint mir aber gar nicht nötig zu sein, auf jene verfassungsrechtlichen Dinge zu verweisen, sondern es scheint mir ein Gebot politischer Moral zu sein, daß die Ausgebürgerten, die zurückgekehrt sind, keinen Antrag zu stellen brauchen, sondern als Nichtausgebürgerte zu betrachten sind. Ich habe keinen Zweifel, meine Damen und Herren, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um das ganze Haus zu einigen auf diesen Gedanken, auf den der ganze Parlamentarische Rat in all seinen Fraktionen sich auch geeinigt hat.

Präsident:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Zimmer (CDU.).

Abg. Dr. Zimmer:

Wir stimmen den soeben von Herrn Kollegen Wagner ausgeführten Grundsätzen hinsichtlich des Motivs des Gesetzes in vollem Umfang zu.

Präsident:

Der Ältestenrat schlägt vor, diesen Gesetzentwurf dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Widerspruch erhebt sich nicht, es ist demgemäß beschlossen.

Wir kommen zu **Punkt 2 der Tagesordnung: Erste Beratung eines Landesgesetzes über die Zuständigkeit des Oberlandesgerichtes in Neustadt (Haardt) in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.** (Drucksache II/823).

Der Ältestenrat schlägt vor, dieses Gesetz dem Rechtsausschuß zu überweisen. Widerspruch erhebt sich nicht, es ist demgemäß beschlossen.

Wir kommen zu **Punkt 3 der Tagesordnung: Berichterstattung des Agrarpolitischen Ausschusses zur Drucksache Nr. II/628 - Antrag der CDU, betr. Festsetzung des Milchzeugerpreises auf 26 Dpf.** (Drucksache Nr. II/844.)

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete Rüb (SPD.).

Abg. Rüb:

In der Sitzung des agrarpolitischen Ausschusses vom 3. Februar 1949 wurde der Antrag über die Festsetzung des Milchpreises behandelt, nachdem sich der Ausschuß schon verschiedene Male mit dieser Angelegenheit befaßt. Der Ausschuß ist sich immer seiner Auffassung treu geblieben, alles daran zu setzen, den im Juli erfolgten Aufschlag auf den Milchpreis auch möglichst restlos dem Erzeuger zugute kommen zu lassen. (Zuruf Abg. Hertel: Sehr richtig!) Nur dadurch wird es möglich sein, die Erzeugung selbst wie auch die Produktionsfreudigkeit des Bauern zu fördern. Wenn nun Transportgewerbe, Milch- und Butterhandel an diesem Aufschlag teilnehmen, wird dadurch sicher nicht die Erzeugungs- und Ablieferungspflicht gefördert. Andererseits wird durch vermehrte Erzeugung und Ablieferung ja ihr Verdienst sowieso erhöht. Auch die Molkereien sind verpflichtet, für die beste Verwertung der Milch Sorge zu tragen. So kann der beantragte Mindestpreis von 26 Pfg. für den Erzeuger nur erreicht werden, wenn erstens die Molkereien die beste Verwertung der Milch garantieren und rationell arbeiten, zweitens die Fuhrlöhne entsprechend sind, drittens die Handelsspanne zwischen Erzeuger und Verbraucher nicht so hoch ist, und viertens, die Molkereien, deren Kapazität nicht ausgenutzt ist, und das ist bei allen der Fall, bei der Einfuhr von ausländischen Fetten und Molkereiprodukten entsprechend berücksichtigt werden.

Da der Preis von 26 Pfg., wie gesagt, nur den Mindestpreis darstellt, ist der Ausschuß der Ansicht, die Regierung möge alles versuchen, den Milchpreis für den Erzeuger ohne Belastung des Verbrauchers so zu gestalten, daß die Steigerung der Ablieferung der Milch auch tatsächlich zu einem Erfolg geführt wird. So hatte in der Sitzung vom 20. Oktober 1948 der Ausschuß folgendes festgelegt: „Der Agrarpolitische Ausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 20. Oktober 1948 auf Grund des Beschlusses des Landtages vom 14. Oktober 1948 mit der Frage des Erzeugerpreises für Milch befaßt. Nach langer und eingehender Prüfung des gesamten Fragenkomplexes und nach Vortrag durch den Vertreter des Landwirtschaftsministeriums kam der Ausschuß einstimmig zu folgendem Vorschlag an den Landtag:

„Die Landesregierung wird ersucht, zwecks Herbeiführung einer größeren Ablieferung von Milch im Interesse der Verbraucher folgende Maßnahmen in Angriff zu nehmen:

1. Die Milchtransportkosten müssen von Fall zu Fall bei den einzelnen Molkereien überprüft und gesenkt werden. Eine Verrechnung über die Verrechnungsstelle für den Güternahverkehr darf nicht mehr stattfinden, da hierin eine völlig unsinnige Verteuerung liegt.

2. Der bei weitem übersetzte Milchhandel ist sofort auf ein Maß zu reduzieren, das der zur Zeit anfallenden Milchmenge entspricht. In diesem Falle könnte ohne weiteres nach Überzeugung des Ausschusses die viel zu hohe Milchhandelsspanne gesenkt werden.

3. Die für den Butterhandel, und zwar beim Großhandel von 14 auf 20 DM, beim Kleinhandel von 25 auf 36 DM pro 100 kg, vorgenommene Erhöhung der Handelsspanne ist sachlich in keiner Weise gerechtfertigt und muß wieder rückgängig gemacht werden. Desgleichen wird gefordert, daß die Handelsspannen bei den übrigen Molkereiprodukten, insbesondere Käse jeder Art, stark verringert werden.

4. Die Schaffung einer Molkerei-Ausgleichskasse nach dem Beispiel von Rheinhessen und Pfalz für das Gebiet Rheinland-Hessen-Nassau wird ebenfalls gefordert.

5. Es wird der Grundsatz entschieden abgelehnt, daß in allen wirtschaftspolitischen Fragen die französische Zone automatisch der Bizone angeglichen wird. Es wird gefordert, daß Regelungen, die sich in unserem Lande bewährt haben, umgekehrt auf die Bizone übertragen werden.

Diese Vorschläge wurden dann in der letzten Sitzung vom 3. Februar noch durch folgenden einstimmig gefaßten Antrag an den Landtag ergänzt:

„Der Landtag wolle beschließen:

Die Handelsspannen von Milch, Butter und Molkereiprodukten, wie sie vor dem 20. Juni 1948 bestanden haben, sind wieder herzustellen, allenfalls unter Erhöhung des Umsatzsteueranteils.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht hier um das wichtigste Volksnahrungsmittel. Ich brauche nicht besonders zu betonen, was die Milch für unsere Kinder und Kranke, überhaupt für unsere Volksernährung bedeutet. Sie zu erzeugen, ist Sache unserer Bauern, jedoch zählen die Hauptzeuger dieses Produktes zu den Klein- und Mittelbauern. Herr Kollege Dr. Zimmer hat unlängst mit Recht das Wort geprägt:

„Für die meisten Kleinbauern ist die Milch das Schlüsselprodukt.“ Sie gilt als die Haupteinnahme der Kleinbauern.

Deshalb war der Ausschuß der Ansicht, hauptsächlich Verbrauchern und Erzeugern Rechnung zu tragen, nämlich durch Garantierung der Gesteungskosten für den Erzeuger die notwendige Erzeugung und Ablieferung für den Verbraucher zu erreichen. Mit den erwähnten Vorschlägen und Anträgen glaubt der Ausschuß, diesem Ziele näherzukommen und bittet Sie, meine Damen und Herren, diesen Vorschlägen und Anträgen Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident:

Die Besprechung ist eröffnet. Wortmeldungen liegen nicht vor. Sie haben den Antrag gehört.

Wer für diesen Antrag stimmen will, bitte ich die rechte Hand zu erheben. Danke! Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nunmehr zu **Punkt 4 der Tagesordnung, Erste Beratung eines Landesgesetzes über den Aufbau in den Gemeinden (Aufbaugesetz) - Drucksache II/801.**

Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, diesen Gesetzentwurf dem Wiederaufbau-Ausschuß, dem Hauptausschuß und dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Zur Begründung hat das Wort Staatssekretär Schmidt.

Staatssekretär Schmidt:

Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf soll auf dem Gebiet der Aufbauplanung ein einheitliches Recht schaffen, ein einheitliches Recht besonders hinsichtlich des Grundstücksverkehrs in den Ortschaften, ein neues Recht für die Zusammenlegung in den zerstörten Städten, wo bis zur Zeit jede Rechts-hilfe für die Durchführung einer ordentlichen Aufbauplanung fehlt.

Der Entwurf ist das Ergebnis einer langen Gemeinschaftsarbeit im Wiederaufbauministerium, zu der die Vertreter des Gemeindetages, des Städtetages und eine Reihe von Sachverständigen gehört wurden, und entspricht im wesentlichen dem als Lemgo-Entwurf bekannten Entwurf, der für die Beratungen in den Ländern der Bizone ebenfalls als Vorlage dient. Soweit er bisheriges Recht verwenden kann, ist bisheriges Recht herangezogen worden. Neues Recht ergibt sich aber

im wesentlichen im Enteignungsverfahren in den Ortschaften und Gemeinden, neues Recht ergibt sich darüber hinaus in den Aufbauplanungen in den Gemeinden und in den Städten. Das Recht hinsichtlich des Enteignungsverfahrens mußte besonders sorgsam überprüft werden, da wir hier auf die Bestimmungen unserer Landesverfassung Rücksicht zu nehmen haben. Wenn aber irgendwo lebendiges Recht wirksam sein muß, dann ist es bezüglich des Aufbaurechtes, denn hier muß meines Erachtens echter Bürgersinn gegenüber der kleinlichen Rechthaberei den Vorrang haben. (Zuruf Abgeordneter Hertel: Sehr richtig!) Wenn irgendwo echter Bürgersinn sich in unseren Gemeinden und Städten bemerkbar machen kann, dann bei der jetzt vorzunehmenden Wiederaufbauplanung oder bei der weiteren Bauplanung in den nicht zerstörten Gemeinden. Wir sind aber allzu leicht geneigt, bei den Aufbauplanungen nur an die zerstörten Städte und Dörfer zu denken, auch in den nichtzerstörten Gemeinden muß Hand angelegt werden, um eine gute und vernünftige Aufbauplanung vorzubereiten bzw. weiterzuführen. Es kann nicht angehen, daß die Bilder unserer Gemeinden gestört und zerstört werden nur deshalb, weil einzelne nicht gutwillige Eigentumsinhaber eine vernünftige Planung in den Gemeinden verhindern. Ich bitte das Hohe Haus und die mit der Durchführung der Vorlage betrauten Ausschüsse, die Bestrebungen des Ministeriums, eine Rechtsbasis zu schaffen, die die Interessen der Allgemeinheit vor die Interessen des einzelnen stellt, zu unterstützen.

Wir haben in dem Entwurf alle rechtlichen Sicherungen vorgesehen, die dem einzelnen Staatsbürger die Möglichkeit geben, sein Recht zu suchen, sofern er glaubt, daß er bedroht sei. Um das Rechtsverfahren leichter zu gestalten, dachten wir unsererseits zunächst an die Bildung von sogenannten Aufbaugerichten. Wir haben aber von diesem Vorschlag auf Antrag des Herrn Justizministers Abstand genommen und werden hinsichtlich der Entschädigungsansprüche, sofern diese strittig werden, auf die ordentlichen Gerichte und hinsichtlich der verwaltungsmäßigen Anordnungen auf das Verwaltungsgerichtsverfahren zurückkommen. Diese Teilung, die verfassungsrechtlich ist, birgt die Möglichkeit in sich, daß eine Gemeinde planen kann und die Planung am Widerspruch des einzelnen nicht deshalb unwirksam wird, weil vielleicht noch ein Streitverfahren über die Höhe des Entschädigungsanspruches vorliegt. Die Planung kann dann zunächst in Kraft gesetzt werden und die Regelung des Entschädigungsanspruches kann vor dem ordentlichen Gericht dann weiterhin verfolgt werden.

Das Ministerium hofft, daß die Vorlage sobald wie möglich Gesetzeskraft erhält, denn nicht nur alle Bauleute des Landes, sondern, ich möchte sagen, fast alle Bürgermeister und alle verantwortlichen Leiter unserer Kommunen warten auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes. Es soll dadurch nicht nur eine Rechtszusammenfassung erfolgen, sondern es soll eine bis dahin bestehende Lücke geschlossen werden, in der Hoffnung, einen Beitrag für den Wiederaufbau zu leisten. Das Gesetz sieht bewußt von der Regelung der finanziellen und abgaberechtlichen Fragen ab. Dies muß durch ein Sondergesetz erfolgen. Die Vorschriften über die Trümmerbeseitigung brauchen ebenfalls nicht aufgenommen zu werden, desgleichen auch nicht die bauwirtschaftliche Lenkung, da beide Fragen bereits durch Gesetz erledigt sind.

Zu dem noch fehlenden Bestandteil finanzrechtlicher und abgaberechtlicher Fragen muß ebenfalls eine längere Vorarbeit geleistet werden, denn hier ist die Entscheidung letzten Endes eine Frage, wieviel Mittel das Land für eine reibungslose Finanzregelung aufbringen kann.

Lassen Sie mich zu dieser Gesetzesvorlage zum Schluß noch eine Bitte aussprechen: Wir haben seitens des Wiederaufbauministeriums den Wunsch, daß über diese Vorlage hinaus der Landtag sich möglichst schnell mit der Frage beschäftigt, wie der Wohnungsbau, der

sich dieser Aufbauplanung anschließen muß, in unserem Lande in stärkerem Umfange vorwärtsgetrieben werden kann. (Sehr richtig!) Wir haben seitens des Ministeriums den Wunsch, daß der Landtag sich bereitfinde, hierfür eine eigene zweckgebundene Steuergesetzgebung zu schaffen. Ich sage es ganz klar hiermit, um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, über das, was angestrebt wird. Wir haben den Wunsch, eine eigene zweckgebundene Steuergesetzgebung vorzuschlagen, um den Wohnungsbau endlich einmal, von der Seite der Arme-Leute-Verwaltung wegzubringen. Ich bin der Meinung: Es handelt sich hier um eine soziale Frage, ausgelöst durch den Krieg, und um eine produktionswichtige und damit um eine wichtige wirtschaftliche Frage. Wenn wir im kommenden Frühjahr keine Vorbedingungen für den Anlauf eines gesunden und erweiterten Wohnungsbaues schaffen, so laufen wir Gefahr, daß von der Bauwirtschaft her eine Wirtschaftskrise hereinbricht. Man kann ihr nicht begegnen, wenn man sich nicht entschließt, die Bauwirtschaft auf eine breitere finanzielle Grundlage zu stellen. Der private Kapitalmarkt ist dazu nicht in der Lage, weil die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Verzinsung des privaten Baukapitals nicht gegeben sind. Deshalb bitte ich heute schon den Landtag, unsere Bestrebungen nach der anderen Richtung hin zu unterstützen und durch Zurverfügungstellung von öffentlichen Mitteln eine wirksame Entfaltung des Wohnungsbaues zu ermöglichen. (Beifall.)

Präsident:

Das Wort hat der Abgeordnete Franck (DP.).

Abg. Franck:

Ich will als Vorsitzender des Wiederaufbauausschusses beantragen, daß wir einen Vertreter des Gemeinde- und Städtetages zur Ausschußsitzung einladen.

Präsident:

Das ist Sache des Ausschusses, der darüber zu entscheiden hat. Das wird im Plenum nicht besprochen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das Gesetz geht an den Wiederaufbau-, Haupt- und an den Rechtsausschuß. Wer für die Überweisung dieser Vorlage an die genannten Ausschüsse ist, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung: **Erste Beratung eines Landesgesetzes über die Auflösung des Reichsnährstandes und zur Überleitung von Aufgaben und Befugnissen auf den Gebieten der Ernährungswirtschaft und der Landwirtschaft (Drucksache II/826).**

Das Wort zur Begründung hat Herr Staatsminister Stübinger.

Staatsminister Stübinger:

Meine Damen und Herren! Die rechtliche Angelegenheit auf dem Ernährungssektor macht es erforderlich, durch Landesgesetz eine Regelung der Verhältnisse über die Zuständigkeiten auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft zu schaffen.

Im Jahre 1933 wurde der Reichsnährstand gegründet. In dem Gesetz zum vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 13. September 1933 und den dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen vom 8. Dezember 1933, vom 15. Januar 1943, vom 16. Februar 1934 und vom 4. Februar 1935 wurde dem früheren Reichsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forstwirtschaft die Ermächtigung erteilt, über den Aufbau des Standes der Landwirtschaft, den Reichsnährstand, eine vorläufige Regelung zu treffen, wonach nicht nur die deutsche Landwirtschaft, sondern auch Forstwirtschaft, Gartenbau, Fischerei usw. zum Reichsnährstand gehörten, außerdem die landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Landesprodukten-

Groß- und Kleinhandel und die Be- und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts unterstand der Reichsnährstand unmittelbar und ausschließlich der Dienstaufsicht des Reichsministers für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft. Die Beamten des Reichsnährstandes waren mittelbare Staatsbeamte, die vom Reichsminister für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft bestätigt wurden. Zur Durchführung der dem Reichsnährstand übertragenen Aufgaben wurden Beiträge; Reichsnährstandsbeiträge nach Maßgabe einer Beitragsordnung erhoben. Zur Erledigung der Aufgaben wurden die einzelnen Berufsgruppen zu Hauptvereinigungen und Wirtschaftsverbänden zusammengeschlossen, wie Hauptvereinigung der Milch- und Fettwirtschaft, Hauptvereinigung der Viehwirtschaft usw. Die Befugnisse der Vereinigungen wurden durch Satzungen bestimmt. Die Hauptaufgabe der Verbände bestand in der Durchführung der Marktordnung auf dem jeweiligen Gebiet. Nach dem Kriege haben der Reichsnährstand und seine Gliederungen in der französischen Zone ihre Arbeit eingestellt. Die von diesen Organisationen ausgeübte Tätigkeit wurde vorläufig von den Regierungspräsidenten wahrgenommen. Von der Erwägung ausgehend, daß die Ausübung der Marktordnung nicht wie früher einer Anzahl von Verbänden mit öffentlich-rechtlichem Charakter, deren Überwachung großen Schwierigkeiten begegnete, übertragen werden konnte, wurde durch Präsidialerlaß vom 13. Februar 1946 und 15. September 1946 für den Bereich des damaligen Oberpräsidiums Rheinland-Hessen-Nassau der Verband der Ernährungswirtschaft gegründet. Der Verband war eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hatte die Aufgabe, die Marktordnung auf dem gesamten Gebiete der Ernährungswirtschaft durchzuführen. Mit der Konstituierung des Landes Rheinland-Pfalz und der Bildung der parlamentarischen Regierung ging die Befugnis auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft auf den Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über, ohne daß soweit eine gesetzliche Regelung erfolgt ist.

Die zur Zeit bestehenden unklaren Rechtsverhältnisse machen die Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfes erforderlich. Ich bitte aus diesem Grunde das Hohe Haus, der Vorlage seine Zustimmung zu geben.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, diese Gesetzesvorlage dem Agrarpolitischen und dem Rechtsausschuß zu überweisen. - Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer diesem Antrag zustimmen will, bitte ich, die rechte Hand zu erheben. Bitte die Gegenprobe. Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nun zu Punkt 6 der Tagesordnung: **Berichterstattung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Drucksache II/764 - Antrag der CDU - betreffend Erhöhung der Grenzzahl der Obstabfindungsbrennereien.** Hierzu ging folgendes Schreiben des Finanzministers ein:

„Betr. Grenzzahl der Obstabfindungsbrennereien - Vorgang: Antrag der CDU vom 14. Dezember 1948. Zu dem obengenannten Antrag der CDU bemerkt das Ministerium: Im Bezirk des Landesfinanzamtes von Rheinland-Hessen-Nassau waren vorhanden:

beim Zusammenbruch	766	Obstabfindungsbrennereien
neu errichtet	56	do.
neu errichtet	56	do.
wiedezugelassen	29	do.

zusammen	851	Obstabfindungsbrennereien
Zugang durch Rückgliederung von Teilen des Saargebietes	182	do.

zusammen	1 033	do.
Abgang	3	do.

Jetziger Stand	1 030	do.
----------------	-------	-----

Diese Zahl ist ausgenutzt.



Für den Bezirk des Landesfinanzamtes Pfalz in Neustadt a. d. H. beträgt die Grenzzahl 514 Obstabfindungsbrennereien vorhanden sind 473 do. so daß eine Freizahl von 41 do. besteht.

Diese Freizahl genügt voraussichtlich, um begründeten Anträgen auf Zulassung von Brennereien zur Abfindung entsprechen zu können.

Die Grenzzahl für den Bezirk des Landesfinanzamtes Koblenz ist um 70 auf insgesamt 1100 erhöht worden, so daß auch in diesem Bezirk in Fällen dringenden Bedarfs Obstabfindungsbrennereien zugelassen werden können.

Durch diese in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags am 28. Januar 1949 bereits mündlich zugesagte Erhöhung der Grenzzahl für Obstabfindungsbrennereien im Bezirk des Landesfinanzamtes Koblenz dürfte der Antrag der CDU. vom 14. Dezember 1948 seine Erledigung finden.

gez. Unterschrift.

Ich frage die Antragsteller, ob sie damit einverstanden sind.

Abg. Dr. Zimmer:

Wir sehen damit zunächst den Antrag vorläufig als erledigt an.

Präsident:

Wir kommen nunmehr zu Punkt 7 der Tagesordnung: **Berichterstattung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Drucksache II/502 - Antrag der KPD. - betreffend Festsetzung des Umtauschverhältnisses auf 20 Prozent für Konten unter 5000 RM.** Hierzu verlese ich folgendes Schreiben der Landesregierung. Es handelt sich dabei um die Uebersetzung einer Dienstnote der Militärregierung betr. Streichung von 70 Prozent der Festkonten:

„Mit Schreiben Nr. 1089/48/M glaubten Sie, mir ein Gesuch unterbreiten zu sollen, das darauf hinzielte, eine Revision des Artikels 1 Buchst. a der Verordnung 175 herbeizuführen, durch welche die Streichung von 70 Prozent der Festkonten beschlossen wurde.

Dieses Gesuch, das im Landtag am 24. November 1948 von der SPD.-Fraktion vorgelegt wurde, forderte die Landesregierung auf, mit den Behörden der Militärregierung zu verhandeln, um die Annullierung der gesetzlichen Verfügung über die Teilstreichung der Festkonten herbeizuführen.

Ich erlaube mir, Sie davon zu unterrichten, daß die Streichung der  $\frac{7}{10}$  der Festkonten einem interalliierten Beschluß entspricht, der in Übereinstimmung mit dem Art. 3 des Abschn. II der Verordnung 160 gefaßt wurde, um die umlaufende Papiergeldmenge zu verringern und der Preiserhöhung, die sich seit der Währungsreform bemerkbar machte, entgegenzuwirken.

Es ist mir deshalb nicht möglich, diese Frage erneut zu prüfen, da sie endgültig von den drei Oberbefehlshabern entschieden ist, und ich würde mich deshalb gezwungen sehen, gegen jeden neuen Antrag, diese Angelegenheit vor dem Landtag zu verhandeln, ein Veto einzulegen.

gez. Unterschrift.

Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat in der Drucksache Nr. II/838 seine Stellungnahme niedergelegt.

Wer dem Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses in Drucksache II/838 seine Zustimmung geben will, bitte ich, die rechte Hand zu erheben. - Bitte, die Gegenprobe! - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt 8 der Tagesordnung: **Erste Beratung eines Antrages der Fraktion der CDU, betreffend Landesgesetz über Reblauskassen (Drucksache II/836).**

Das Wort hierzu hat Herr Staatsminister Stübinger.

Staatsminister Stübinger:

Das Gesetz über die Bildung von Reblauskassen bezweckt die planmäßige Umstellung der reblausverseuchten Weinbaugebiete des Landes Rheinland-Pfalz auf Pfropfreben. Sie sollen durch den Berufsstand selbst unter Einsatz besonderer hierzu von der Winzerschaft erhobener Beiträge durchgeführt werden. Der Anlaß zu dem Gesetzentwurf ist die Erkenntnis, daß die Reblausbekämpfung durch Ausrottung, wie sie die gesetzlichen Bestimmungen verlangen, infolge des Ueberhandnehmens der Verseuchung in den meisten Gebieten des Landes undurchführbar geworden ist und neue Wege beschritten werden müssen. Anregung zu dem Gesetz hat sowohl die Landwirtschaftskammer in Rheinhessen als auch der Weinbauausschuß bei der Landesregierung Rheinland-Pfalz gegeben. Der Landtag hat einen entsprechenden Beschluß am 25. November 1948 gefaßt. Die Landwirtschaftskammern und die standespolitischen Organisationen, mit denen der Entwurf besprochen worden ist, sind damit einverstanden. Die Undurchführbarkeit der Reblausbekämpfung hat bereits zu der Vorlage eines Verordnungsentwurfes über die Durchführung des Reblausbekämpfungsgesetzes beim Ministerrat geführt. Diese Verordnung soll die rechtlichen Voraussetzungen zur Vermeidung des zwecklosen Einsatzes von Staatsmitteln in der Reblausbekämpfung, zur Erhaltung der an die Seuchenherde angrenzenden gesunden Gebiete für den Pfropfrebenbau notwendigen Unterlagen sowie zur Ermöglichung der wissenschaftlichen Erforschung der Reblaus im Lande selbst schaffen. Der vorliegende Gesetzentwurf bildet die Ergänzung der genannten Verordnung durch Finanzierung und Organisation der planmäßigen Umstellung der reblausverseuchten Gebiete auf Pfropfrebenbau. Nur diese Umstellung bietet unter den heutigen Verhältnissen Aussicht, der Seuche noch Herr zu werden. Für die rasche Durchführung reichen die staatlichen Einrichtungen, denen bisher die Umstellung im wesentlichen oblag, nicht aus. Aus diesem Grunde, von der Erwägung ausgehend, daß besonders die Erzeugung von Pfropfreben und ihr Anbau immer mehr Aufgaben des Berufsstandes werden müssen, soll der Berufsstand selbst mit der Umstellung betraut werden. Der Gesetzentwurf beruht auf folgendem Grundgedanken: Als Vermögensstock und Organ für die Durchführung der Umstellung wird in jedem Kammerbezirk eine Reblauskasse gebildet. Sie stehen unter der Führung der Landwirtschaftskammern. Die Reblauskassen erheben entsprechend dem Bedarf der Umstellungsvorhaben jährlich Beiträge vom Einheitswert des Weinbergsbesitzes. Der Staat hilft durch Zuschüsse mit den in der Reblausbekämpfung ersparten Mitteln. Die Durchführung der Umstellung übernehmen vorhandene oder zu diesem Zweck gebildete Genossenschaften. Ist die Umstellung auf genossenschaftlicher Grundlage nicht möglich, so kann eine den Umstellungsgenossenschaften ähnliche Zwangsgemeinschaft der Weinbergsbesitzer gebildet werden. Die Reblauskassen und die zur Durchführung berufenen Körperschaften sollen durch

die Verpflichtung zur Aufstellung von Haushaltsplänen und die Aufsicht über ihre Haushaltsgebarung zu der überlegten Anwendung der Mittel veranlaßt werden.

Meine Damen und Herren! Die Verseuchung durch die Reblaus in unserem Lande Rheinland-Pfalz bedeutet für unsere Bauern- und Winzerschaft eines der schwierigsten Probleme. Wir sind uns alle bewußt, daß der Staat auch in Zukunft unter allen Umständen in seiner Gesamtheit zu der Lösung dieser Frage seine Mittel zur Verfügung stellen muß. Wir sind uns aber auch bewußt, daß infolge der enormen Verseuchung die Staatsmittel nicht mehr ausreichend sein werden, um allein dieses Problem zu lösen. Aus diesem Grunde hat Ihnen die Regierung diese Vorlage unterbreitet.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Es ist vorgeschlagen, dieses Gesetz dem Agrarpolitischen und dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Das Wort der Abgeordnete Beckenbach (SPD.).

Abg. Beckenbach:

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion begrüßt den Gedanken, die Bekämpfung des gefährlichsten Feindes unseres Weinbaues, der Reblaus, gesetzlich zu regeln, gesetzliche Formen zu schaffen, um eine allgemein wirksame und allgemein gültige Bekämpfung zu gewährleisten. Wir sind durchaus damit einverstanden, diese Arbeit und diese Bekämpfung auf genossenschaftlicher Basis aufzubauen, wie sie in sehr vielen Weinbaugebieten jetzt schon besteht. Wir halten es aber für außerordentlich bedenklich, meine Damen und Herren, die geldliche und wirtschaftliche Seite dieser Arbeit mit der berufsständischen Organisation, mit der Landwirtschaftskammer zu verbinden. Ich kann mir nicht gut denken, meine Damen und Herren, daß ein Organ der berufsständischen Selbstverwaltung geschäftliche und wirtschaftliche Tätigkeiten ausüben kann. Es bedeutet dies unserer Auffassung nach eine ungebührliche Aufblähung des Apparates der Kammer, über die wir ja noch zu sprechen haben, und auf der anderen Seite bedeutet es auch eine einseitige Belastung dieser berufsständischen Organisation, die nicht allein für den Weinbau da ist sondern alle Sparten der Landwirtschaft umfaßt. Es wäre gleichbedeutend, wenn Molkerei-Genossenschaften oder die Zusammenfassung von anderen Gebiets-Genossenschaften von der Kammer übernommen und geführt würden. Wir behalten uns deshalb vor, bei den Beratungen in den Ausschüssen entsprechende Anträge zu stellen und Vorschläge zu machen. Ich wollte nur diese grundsätzlichen Bedenken hier anmelden. Wir behalten uns vor, in den Ausschüssen die entsprechenden Anträge und Grundgedanken zu unterbreiten. Betonen möchte ich noch einmal im Auftrage meiner Fraktion und im Auftrag meiner Freunde, daß wir es für außerordentlich bedenklich halten, diese wirtschaftende und geschäftstätige genossenschaftliche Organisation mit der berufsständischen Vertretung der Landwirtschaft zu verbinden. (Beifall.)

Präsident:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Antrag des Aeltestenrates zustimmen will, die Vorlage dem Agrarpolitischen und Rechtsausschuß zu überweisen, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Wir kommen zu Punkt 9 der Tagesordnung. Erste Beratung eines Landesgesetzes über besondere Wertfortschreibungen von Einheitswerten des Grundbesitzes auf den 21. Juni 1948. (Drucksache II/840).

Der Aeltestenrat schlägt vor, dieses Gesetz dem Haushalts- und Finanzausschuß zu überweisen.

Widerspruch erhebt sich nicht. Es ist demgemäß beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 10 der Tagesordnung. Erste Beratung eines Landesgesetzes über die Weitererhebung der Abschlagszahlungen zur Einkommen- und Körperschaftssteuer (Drucksache II/842).

Auch hier schlägt der Aeltestenrat vor, das Gesetz dem Haushalts- und Finanzausschuß zu überweisen.

Der Finanzminister hat in einem besonderen Schreiben, das gestern bei uns eingegangen ist, darauf aufmerksam gemacht, er wünsche, daß dieses Gesetz in erster, zweiter und dritter Lesung verabschiedet wird. Der Aeltestenrat schlägt dem Hohen Haus vor, diese Gesetzesvorlage zunächst morgen früh dem Finanzausschuß zuzuleiten. Derselbe möge darüber entscheiden, ob die zweite und dritte Lesung noch im Laufe dieser Legislaturperiode durchgeführt werden kann.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Wohlleben (DP.).

Abg. Wohlleben:

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat zu dieser Gesetzesvorlage einen Antrag zu stellen, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Landtag von Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Art. 1.

Das Einkommensteuergesetz vom 17. 2. 1939 in der Fassung des Landesgesetzes zur ersten Änderung des Gesetzes vom 1. 7. 1948 wird wie folgt geändert:

Art. 2.

§ 5 Abs. 1 wird durch folgende neue Fassung ersetzt: „Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer sind am 20. 4., 20. 7., 20. 10. und 20. 1. zu entrichten.“

§ 35 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes wird demgemäß geändert.

Art. 3.

Das Gesetz tritt mit Wirkung für die ab April 1949 fälligen Vorauszahlungen in Kraft.“

Das Kontrollratsgesetz Nr. 12 hat die Vorauszahlungstermine jeweils auf den 10. festgesetzt. Berechtigten Wünschen der Steuerzahler folgend hat ein späteres Kontrollratsgesetz Nr. 61 vom Dezember 1947 ab 1948 die Vorauszahlungstermine um 10 Tage verschoben. Das Änderungsgesetz aus Anlaß der Währungsreform ist zu den früheren kürzeren Terminen zurückgekehrt, und meine Fraktion ist der Auffassung, daß man die Erleichterung, die das Kontrollratsgesetz bereits geschaffen hat, wiederherstellen soll. Daß sich die Finanzverwaltung diesen Schwierigkeiten bei den kurzen Terminen selbst nicht verschließt, geht daraus hervor, daß das Landesfinanzamt Rheinland-Hessen-Nassau in einer Verfügung angeordnet hat, daß bis auf weiteres bei Eingang einer Berichtigungserklärung nach dem 10. nebst Nachzahlung des Unterschlagsbetrages bis zum 20. des Fälligkeitsmonats von Säumnisfolgen abgesehen werden kann. Es ist die Auffassung der Demokratischen Fraktion, daß derartige Erleichterungen auch durch Rechtsmittel verfechtbar sein sollen. Das sind sie nicht, wenn sie lediglich in einer internen Verwaltungsverordnung niedergelegt sind,

und ich bitte daher, daß diese Vorlage meiner Fraktion ebenfalls wie die Vorlage, die zuerst behandelt wurde, zusammen dem Finanzausschuß überwiesen wird, auf daß geprüft werde, ob beide Vorlagen nicht miteinander verbunden werden können.

Präsident:

Herr Abgeordneter Wohlleben! Ich darf darauf aufmerksam machen, daß es nach der Geschäftsordnung nicht möglich ist, während der ersten Beratung Anträge durch die Fraktionen zu stellen. Anträge sollen zunächst in den Ausschüssen und dann in zweiter und dritter Beratung gestellt werden. Ich nehme diesen Antrag zu den Unterlagen und werde sie dem Ausschuß mit zuleiten.

Abg. Wohlleben:

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich mich nicht an das übliche Verfahren gehalten habe. Aus Zweckmäßigungsgründen glaubte ich, einmal aus der Reihe tanzen zu dürfen.

Präsident:

Das Wort hat Abgeordneter Jacobs (SPD.).

Abg. Jacobs:

Die Verhandlung im Finanzausschuß wird die Möglichkeit geben, entsprechend dem bisherigen Verfahren bereits monatlich sich in den Besitz der Vorauszahlung setzen zu können. Die Tendenz eines großen Teiles des Hohen Hauses geht dahin, eine Angleichung an die Bizone vorzunehmen und es bei der vierteljährlichen Vorauszahlung zu belassen. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß dieser Antrag ausgerechnet aus denjenigen Kreisen kommt, die noch vor kurzer Zeit in diesem Hohen Hause glaubten, dem Finanzminister den Vorwurf machen zu können, nicht alles getan zu haben, was einen rechtzeitigen Eingang der Steuern ermöglicht hätte. Entweder ist das eine richtig, dann ist das andere falsch.

Präsident:

Das Wort hat Abgeordneter Wohlleben.

Abg. Wohlleben:

Ich habe nicht beabsichtigt, mit meinem Antrag hier nun eine Kampagne auszulösen. Mein Antrag ist fertiggestellt worden, als unsere Fraktion von dem Antrag des Finanzministeriums überhaupt noch keine Kenntnis hatte. Ich habe mich nach Lesung des Antrags des Herrn Finanzministers auf Beibehaltung der monatlichen Abschlagszahlungen auch der neuen Situation angepaßt und eben alles getan, die Vorlage dem Finanzausschuß zu überweisen, damit dort geprüft werden kann, wie beide Anträge vielleicht gekoppelt werden können.

Abg. Jacobs:

Es gibt noch andere Leute wie Sie hier in diesem Hause. Sie nehmen sich zu wichtig.

Präsident:

Es ist vom Ältestenrat vorgeschlagen, dieses Gesetz dem Finanzausschuß zu überweisen. Ich darf bitten, daß der Finanzausschuß morgen früh dazu Stellung nimmt, ob das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode in zweiter und dritter Beratung verabschiedet werden kann. Wer diesem Antrag auf Ueberweisung

an den Finanzausschuß zustimmen will, bitte ich, die rechte Hand zu erheben. Das ist einstimmige Annahme.

Wir kommen nunmehr zu Punkt II der Tagesordnung: **Große Anfrage der Fraktion der KPD. betreffend Remilitarisierung Westdeutschlands. (Drucksache II/815).**

Das Wort zur Begründung hat Abgeordneter Feller (KPD.).

Abg. Feller:

Meine Damen und Herren! Ich möchte aus unserer schriftlichen Anfrage nur einen entscheidenden Satz zitieren und wiederholen, der auf den Kern der Dinge führt. Der offizielle Pressedienst der CDU./CSU. schreibt im November 1948 wörtlich: „... und nichts könnte auch dem von den USA. geförderten Ziel eines Zusammenschlusses Westeuropas mehr dienen, als wenn die Jugend Westeuropas nicht mehr nach Nationen getrennt, sondern vereinigt für die Abwehr gemeinsam eintritt. In einer solchen westeuropäischen Armee könnte Westdeutschland einen Beitrag entsprechend seiner Bevölkerungszahl und Steuerkraft leisten. Dieser Vorschlag besäße auch einen weiteren Vorteil. Eine solche Atlantikpaktwehrmacht könnte die gemeinsame Verteidigung Westdeutschlands übernehmen und auch in Deutschland Garnisonen unterhalten.“

Ich glaube, daß vor allem unsere Jugend, die sicher an der Abfassung dieser „Liebeserklärung“ an Amerika nicht beteiligt war, sich dafür bedanken wird (Zuruf SPD.: Wie ist es in der Ostzone!). In dieser Zeit, wo wir noch keinen Friedensvertrag haben und leider noch nicht alle Kriegsgefangenen heimkehren konnten (Heiterkeit!), und Kräfte am Werk sind, die unsere Jugend als Kanonenfutter an ausländische Interessen verschachern wollen. Wenn unsere Jugend noch unter den Folgen des zweiten Weltkrieges leidet, dann wird diese Jugend nicht nur diese Erklärungen des CDU.-Pressedienstes auf das schärfste verurteilen und zurückweisen und sich nicht mißbrauchen lassen als Fremdenlegion für den Dollar, sondern dann wird unsere Jugend auch dagegen Stellung nehmen, was der ehemalige Generalstabschef Hitlers, Generaloberst Halder, erst kürzlich in einem Interview erklärt hat. Es ist überhaupt bezeichnend für die Entwicklung in Westdeutschland, daß die, die Hitler geholfen haben, jahrelang unsere deutsche Jugend auf die Schlachtbank zu treiben, daß die Könige der Anilin, der Großkonzerne, daß derartige Kriegsverbrecher nicht nur nicht eingesperrt sind, sondern heute bereits wieder Krieg spielen können. Sie stehen schon wieder vor den Generalstabskarten, geben Erklärungen ab und sprechen davon, wie es Hitlers Generaloberst Halder getan hat, daß man eventuell einen Rheinwall schaffen soll, da ja die Linie zwischen Rhein und Elbe doch nicht gehalten werden kann, und daß sie an unsere Jugend den Ruf richten, sich an diesem Rheinwall zu sammeln. Wie unser Volk über diesen Rheinwall denkt, ich glaube, darüber dürften keine Zweifel bestehen. Daß dieser Rheinwall Halders ein Wall des Todes würde, gerade für unsere werktätige Bevölkerung hier am Rhein, darüber dürfte keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Wenn wir einmal Militärfachleute des Auslandes hören, wie der immerhin nicht unbekannt Hauptmann Liddel Hart, ein Mitarbeiter des englischen Generalstabes, der kürzlich einen großen Artikel geschrieben hat, den auch die „Allgemeine Zeitung“, Mainz, zum Teil wiedergab. Er spricht davon, daß, wenn es zu einer Auseinander-

setzung käme, es unmöglich wäre, Westeuropa zu halten, weder durch einen Rheinwall, noch durch einen neuen Atlantikwall, an dem schon einmal Hitler den vergeblichen Versuch gemacht hat, die Alliierten aufzuhalten.

Ich glaube, alle diese Wälle, mag es ein Atlantikwall sein oder der neu geplante Rheinwall des Westeuropäischen Paktes, der „Westeuropäischen Union“, sie alle dienen nicht dem Frieden, den unser Volk am meisten ersehnt und den die Völker der Welt wollen. Derartige Pläne zur Schaffung einer westdeutschen Armee und ihre Einordnung in die „Atlantikarmee“ dienen nur der Vorbereitung eines dritten Weltkrieges. Deshalb muß unser Volk diese Pläne zur Wiederaufstellung einer neuen westdeutschen Armee auf das schärfste zurückweisen.

Es sind inzwischen eine Reihe weiterer Entwürfe gemacht worden. Ich darf nur erinnern, daß gerade die amerikanische und englische Presse immer offener ausspricht, daß man Westdeutschland baldmöglichst nach der Schaffung der westdeutschen Regierung in Bonn oder Frankfurt, wo sie nun auch sitzen mag, auch eine Armee wieder geben müßte.

Wir haben an den Herrn Ministerpräsidenten die Anfrage gerichtet, wie er sich verhalten hat bei der Konferenz der Ministerpräsidenten in Schlangenbad in der Frage der Aufstellung einer neuen westdeutschen Polizeimacht. Wir glauben, daß diese westdeutsche Polizeimacht ebenfalls nur gedacht ist als eine Vorstufe zu dieser kommenden neuen westdeutschen Armee und daß es darüber nicht nur schon Pläne, sondern bestimmte Tatsachen gibt. Das beweisen ja die Enthüllungen über die neuen „schwarzen Garden“, die bereits in der Bi-Zone und in Berlin aufgestellt sind, die nicht nur unter dem Kommando des Generalobersten Halder, sondern auch des ehemaligen Panzergenerals Guderian stehen. Diese „schwarzen Garden“ tragen in der Bi-Zone den offiziellen Stempel „Industriepolizei“. Hinter dieser „Industriepolizei“ verbergen sich also bereits die konkreten Maßnahmen zur Aufstellung einer solchen neuen westdeutschen Landsknechtsarmee für ausländische Interessen. Gerade die gegenwärtige Diskussion, die immer mehr in das Stadium der praktischen Handlungen tritt, indem in den nächsten Tagen dieser Atlantikpakt in seinem Entwurf veröffentlicht werden soll, zeigt, daß das richtig ist, was die große konservative englische Zeitung „Times“ geschrieben hat: daß man konsequent vorgehen müsse und dem westdeutschen Staat eine neue westdeutsche Armee geben müsse. Hier sehen wir also, wie dieser neue deutsche Militarismus bereits Gestalt annimmt und eine ungeheure Gefahr für die Werktätigen, nicht nur unseres Landes, sondern unseres ganzen Volkes und eine Bedrohung für alle friedliebenden Völker der Welt darstellt. Denn darüber muß sich heute jeder Mensch klar sein, daß Westdeutschland bei der Einbeziehung in den Atlantikpakt, in die Westeuropäische Union, wo es das Kanonenfutter stellen soll, nichts zu gewinnen, sondern das Letzte zu verlieren hat. Ich erinnere nur an den Ausspruch des bekannten amerikanischen Journalisten Walter Lippmann, der da sagt: „Wenn Westdeutschland nicht bereit ist, bei uns mitzumachen, wenn die Deutschen nicht parieren, haben wir eine Möglichkeit sie zu zwingen. Wir können durch ein paar Atombomben ganz Westdeutschland in eine Wüste verwandeln.“

Das wäre die Folge einer solchen Entwicklung, wenn wir uns jetzt nach dem Hitlerkrieg schon wieder an einem solchen Abenteuer, wie es von den internatio-

nen Mächten und den Kräften der deutschen und ausländischen Reaktion geplant ist, beteiligen würden. Wir haben kein Interesse daran, daß ein solcher Rheinwall geschaffen wird, um hier mit einigen amerikanischen Atombomben eine Wüste entstehen zu lassen. Wir weisen deshalb unser Volk auf diese gefährliche Entwicklung hin und erwähnen gleichzeitig, daß wir uns nicht beteiligen wollen an einer solchen Westeuropäischen Union, und daß Westdeutschland kein Interesse daran haben kann, daß die Westeuropäische Union aus dem Pakt der 5 Brüsseler Mächte zu einem 7er, 20er oder 30er Pakt wird, so wie man gegenwärtig versucht, Norwegen in diesen Atlantikpakt einzubeziehen. Es ist klar, daß dieser Atlantikpakt kein Verteidigungs- sondern ein Kriegspakt sein wird gegen die demokratischen und sozialistischen Kräfte in der ganzen Welt. (Zuruf Abg. Dr. Wuermeling: Demokratisch sagten Sie!) Ja, demokratisch! Denn, lieber Herr Kollege Dr. Wuermeling, was Sie unter Demokratie verstehen, das verstehen wir nicht darunter (Heiterkeit!) Sie verstehen unter Demokratie, daß einer der größten Kriegsverbrecher wie Papen frei ist und in Westdeutschland herumspazieren kann, und Sie verstehen weiter unter Demokratie, daß der Zauberkünstler von Hitlers Gnaden, Schacht, sich auf freiem Fuß befindet und für seine Verhaftung niemand zuständig ist, während man den Antifaschisten Max Reimann eingesperrt hat. Das verstehen Sie unter Demokratie. Eine solche „Demokratie“ lehnen wir ab. Wir verstehen etwas anderes unter Demokratie und wir sagen: Demokratie ist nur dann, wenn das Volk herrscht und das Volk bestimmt. Bei uns wird wohl niemand behaupten wollen, daß das Volk herrscht oder bestimmt, nachdem, was wir gegenwärtig bei den Beratungen über das Besatzungsstatut sehen, das Sie so heiß ersehnen, obwohl Sie wissen, daß dieses Besatzungsstatut in Wirklichkeit die reale Verfassung sein wird und ist und nicht das, was in Bonn ausgebrütet wird. Wir sehen also gerade angesichts der gegenwärtigen Entwicklung die Interessen unseres Volkes darin, daß wir erklären: Das Volk, besonders auch in Westdeutschland, an Rhein und Ruhr, hat kein Interesse an einem Wiederaufbau des westdeutschen Militarismus. Wir wenden uns gegen derartige Pläne, die den Frieden bedrohen auf das schärfste und wehren uns dagegen. Wir müssen die Entwaffnung aller militaristischen Organisationen fordern! (Zuruf: Auch im Osten!) Dazu wollen wir Ihnen etwas sagen, vorausgesetzt, daß Sie das erfassen können. (Heiterkeit!) Ich weiß nicht, ob die Frage der Wiedererstehung der militaristischen Gefahr mit allen Konsequenzen, die damit verbunden sind, eine so erheitende Angelegenheit ist. Ich glaube, wenn man ein ernsthafter Politiker ist, muß man sehen, welche Gefahren sich aus einer solchen Remilitarisierung entwickeln können und muß alles tun, um sie zu verhindern. Und weil wir das tun, deshalb sagen wir auch, ist es nicht dasselbe, wenn zwei dasselbe tun (Heiterkeit!), denn wir Sozialisten waren nie Pazifisten und nie Anarchisten. Wir wissen, daß, wenn ein kapitalistischer Räuber uns schwer bewaffnet anfällt, man sich seiner Haut erwehren und sich mit ganzer Kraft gegen den Räuber zur Wehr setzen muß. (Zuruf: Wir auch!) Wir sind keine alten Weiber in der Beziehung. Wir vertreten den Grundsatz, der in der sozialistischen Arbeiter-Bewegung selbstverständlich war und ist, der einigen von Ihnen entweder ein Buch mit 7 Siegeln ist oder mit dem Sie sich nie die Mühe des Studiums gemacht haben, um sich gründlich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung zu befassen, Sie müßten sonst wissen, daß ein Mann wie Friedrich Engels, der größte Mit-

arbeiter von Karl Marx, des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus, der spöttischerweise sogar der „General“ genannt wurde, nicht nur eine Reihe militär-wissenschaftlicher Abhandlungen geschrieben hat, sondern gleichzeitig für eine Volks-Miliz eingetreten ist, indem er erklärt: Die sozialistische Arbeiterbewegung, die Arbeiterklasse, muß immer das Prinzip vertreten, die herrschende Klasse, die Generale und Offiziere zu entwaffnen und das Volk zu bewaffnen. (Unruhe, Zuruf Abg. Schmidt F., SPD.: Das habe ich gewußt, Herr Feller). Sie haben es trotzdem vergessen oder leiden an Gedächtnisschwäche. (Oho-Rufe!) Ich will Ihnen sagen, daß, wenn Engels hier die militärpolitischen Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus entwickelt, er damit einen weiteren Grundsatz jener kämpferischen Demokratie vertritt, nämlich, daß die Arbeiterklasse, wenn sie um den Sozialismus kämpfen, wenn sie die politische Macht eines Tages erobern will, sie dazu letzten Endes Kräfte braucht, die Faschisten, die Reaktionen zu entwaffnen. Das kann sie nur dann, wenn wir einmal keine Besatzungsmächte mehr haben und wir imstande sind, eine demokratische Armee oder Polizei aufzustellen, zum Schutze des demokratischen und sozialistischen Aufbaues. Das ist der gewaltige Unterschied. Es kommt immer darauf an, für wen ich etwas tue. (Abg. Hermans, CDU.: Selbstverständlich!). Schütze ich den Sozialismus, so ist mir jede Kraft und Macht recht, den Sozialismus zu verteidigen, schütze ich den Monopolkapitalismus, so biete ich mich mit anderen Landsknechten dem „fremden“ Dollarkapitalismus an. Als Sozialist und Demokrat muß ich das ablehnen. Das sind zweierlei Dinge. Wir vertreten den anderen sozialistischen Grundsatz eines August Bebel: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“

Präsident:

Zur Beantwortung der Großen Anfrage hat das Wort Staatssekretär Dr. Haberer.

Staatsminister a. D. Dr. Haberer:

Meine Damen und Herren! Im Auftrage des Herrn Ministerpräsidenten habe ich auf die Große Anfrage der Fraktion der KPD, betreffend die Haltung der Landesregierung gegenüber der sogenannten Remilitarisierung und Kriegspropaganda, folgendes zu antworten:

1. An einer Ministerpräsidenten - Konferenz in Schlangenbad am 2. November 1948 hat weder der Herr Ministerpräsident noch ein sonstiges Mitglied der Landesregierung teilgenommen (Hört, hört!), weil an diesem Tage und an diesem Orte, eine derartige Zusammenkunft der 11 Länderchefs der 3 westlichen Besatzungszonen überhaupt nicht stattgefunden hat. Eine Ministerpräsidenten-Konferenz in Schlangenbad hat stattgefunden am 28. November 1948. Bei dieser stand die Frage der Aufstellung einer kasernierten Polizeitruppe für das englisch-amerikanische Besatzungsgebiet weder auf der Tagesordnung, noch wurde sie überhaupt besprochen. In unserem Lande hat eine Kasernierung der Polizei bis jetzt weder stattgefunden noch ist eine solche beabsichtigt. Solche Polizei-Kasernierungen sind uns, und zwar in der Höhe von 246 000 Mann lediglich aus der Ostzone bekannt, so daß die diesbezügliche Anfrage der Kommunistischen Fraktion an die Adresse des Präsidenten der Inneren Verwaltung der Ostzone, Dr. Fischer, zu richten wäre. (Beifall und Lachen!). Hiermit erledigen sich Punkt 1 und 2 der Großen Anfrage.

2. Dem Herrn Ministerpräsidenten und der Landesregierung ist nichts davon bekannt, daß in der Rheinisch-Pfälzischen Presse fortgesetzt die Remilitarisierung gefordert oder Kriegspropaganda betrieben wurde. (Zuruf Abg. Buschmann: „Rheinischer Merkur“). Druckschriften wie „Daily Mail“ und „Frankfurter Hefte“ und ähnliche erscheinen bis heute noch außerhalb der Grenzen von Rheinland-Pfalz (Zuruf Abg. Feller: Es war der „Rheinische Merkur“). Schon aus diesem Grunde sehen der Herr Ministerpräsident und die Landesregierung keine Möglichkeit, Mitteilungen und Äußerungen dieser Organe zu unterbinden, und sie glaubt nicht, im Sinne der Fragesteller zu handeln, wenn sie, um sich den Einfluß zu sichern, entsprechende kriegerische Erörterungen ins Auge fassen wollte. Sollte sich eine Kriegspropaganda im Lande Rheinland-Pfalz bemerkbar machen, würde sie die Landesregierung zu unterbinden wissen. Dies zur Beantwortung der Punkte 3 und 4 der Großen Anfrage. (Beifall!)

Präsident:

Wird eine Besprechung gewünscht? Die Unterstützung ist damit gegeben, daß eine große Partei den Antrag stellt. Der Ältestenrat schlägt vor, die Redezeit auf eine viertel Stunde zu beschränken. Widerspruch erhebt sich nicht. Es ist demgemäß beschlossen.

Das Wort hat der Abgeordnete Jacobs (SPD.).

Abg. Jacobs:

Meine Damen und Herren! Es ist eine sehr lobenswerte Eigenschaft, Fragen von so grundsätzlicher Bedeutung, die unser gesamtes Volk angehen, im Rahmen einer Großen Anfrage zur Diskussion zu stellen. Auch wir sind der Auffassung: „Wehret den Anfängen“. Das schließt nicht aus, daß wir einigermaßen erstaunt sind über die Urheber dieser Großen Anfrage, die den Mut haben, eine solche Frage zum Gegenstand einer Debatte zu machen. Denn gerade an sie muß doch zunächst einmal die Frage gerichtet werden, wen überhaupt die Schuld dafür trifft, daß es eine solche beklagenswerte Ausgangsstellung in Deutschland, nämlich Ost und West, überhaupt gibt. (Sehr richtig!). Wenn der Herr Kollege zur Verteidigung eines, wie ich es einmal nennen darf, pseudosozialistischen Standpunktes, sich auf die großen Väter des Sozialismus, wie Engels und Bebel beruft, erkläre ich hier im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion, daß wir es auf das entschiedenste ablehnen müssen, eben weil es uns um den Sozialismus als Idee und Bewegung ernst ist, das, was gegenständlich in Sowjetrußland und den ihm angeschlossenen Staaten geschieht, mit Sozialismus gleichzusetzen. Wir sehen in dem Versuch Sowjetrußlands, die Ostzone zu remilitarisieren nichts anderes, als die Schaffung von Positionen zur Erringung imperialistischer Ziele im Interesse Sowjetrußlands. Der Herr Staatssekretär hat eben die Zahlen genannt, die wir als amtlich festgestellte für die Polizeikräfte in der Ostzone annehmen können. Es handelt sich um 246 000 Mann, die bereits jetzt mit Waffen ausgerüstet sind. Ich möchte diejenige westliche Besatzungsmacht sehen, die es mit ihrem Sicherheitsbedürfnis in Einklang bringen könnte, in ihren Zonen auch nur einen Bruchteil dieser Waffen in den Händen von Deutschen zu wissen. Darüber hinaus ist es kein Geheimnis, daß das Plan-Soll für die Ostzone die Indienststellung und Verwendung von 400 000 Mann deutsche Polizei im Interesse sowjetischer imperialistischer Pläne vorsieht. (Zuruf Abg. Buschmann: Wo haben Sie das her?). Nach einer uns vorliegenden In-

formation erfolgt eine sogenannte bevorzugte Entlassung widerrechtlich zurückgehaltener Kriegsgefangener in Sowjetrußland u. a. unter der Bedingung einer Verpflichtung, für drei Jahre in diese Polizeitruppe in der Ostzone einzutreten. (Hört, hört! Zuruf Abg. Buschmann: Das erzählt die Dollarpresse!). Das ist eine unwürdige Verkoppelung zweckgebundener Verwendung mit dem vitalsten Menschenrecht, dem Anrecht, als Unschuldiger endlich hinter dem Stacheldraht hervorkommen zu können, eine Maßnahme über die der Westen Deutschlands sich seine besonderen Gedanken macht. Es gibt weitere Beispiele bereits durchgeführter Remilitarisierungsmaßnahmen in der Ostzone. In Schwerin existiert ein Amazonen-Korps, das seine Ausbildung an Waffen wie Maschinengewehr, Pistole und Wurfgranaten erhält. (Zuruf Abg. Feller: Muß Ihnen das Herz in die Hose fallen!) Abgesehen davon, daß es sich bei einer solchen Maßnahme ganz offenbar um eine Umgehung der von den Militärregierungen erlassenen Bestimmungen handelt, sehen wir darin auch einen Verstoß gegen den Geschmack und die guten Sitten. Unsere Auffassung im Westen ist die, daß, wenn überhaupt, dann unter keinen Umständen Frauen für ein solch blutiges Handwerk erzogen werden sollen. Wo gibt es im Westen Deutschlands die Stadt, die wie Dresden acht v. H. der gesamten Bevölkerung in Polizeidiensten hat. Vergessen Sie bitte eines nicht, meine Herren von der Kommunistischen Partei. Sie haben hier im Westen immerhin Gelegenheit, gegen etwas zu interpellieren, was unter Umständen beabsichtigt ist, während all das in der Ostzone bereits feststehende und nicht mehr zu revidierende Tatsache ist. (Zuruf Abg. Buschmann: Ihre Drohung haben wir schon lange verstanden!). Unter Drohung verstehe ich etwas anderes. Mir scheint, daß Sie durchaus noch nicht über die Klippe Niebergall in ihren eigenen Reihen hinweg sind, daß Sie auch dort gegen eine Auffassung zu kämpfen haben, die sich gegen die Tendenz dieser Großen Anfrage wendet, weil eben dieser Teil Ihrer Mitglieder von der ganzen inneren Unwahrhaftigkeit dieser Anfrage überzeugt ist. (Sehr richtig!) Wir haben erlebt, daß die gesellschaftlichen und politischen Querverbindungen dieses von Ihnen so gepriesenen Sowjetrußlands zu denjenigen Kreisen Deutschlands, die an unserem Unglück schuld sind, nicht erst heute evident sind. Wenn Sie, Herr Feller, darauf hingewiesen haben, daß Sie es mit einem demokratischen Standpunkt nicht vereinbaren könnten, der Auffassung zu sein, es sei rechtens, wenn Herr v. Papen sich in Freiheit befände, sind wir mit Ihnen ganz derselben Meinung. Nur erlauben wir uns, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß derselbe Herr v. Papen im Jahre 1939 gelegentlich des Abschlusses des Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes mit Sowjetrußland in diesem Lande eine sehr gute Aufnahme gefunden hat. (Zuruf Abg. Buschmann: Er war auch beim Papst in Rom). Den Papst habe ich nicht zu verteidigen. Wir stellen fest, daß die entscheidenden Männer für unsere auch militärische Niederlage, die Männer, die für die verlorene Jugend von Stalingrad verantwortlich sind, heute zu den bestgeförderten Männern durch Rußland gehören. Das berechtigt uns, mit Entschiedenheit jedem das Recht zuzusprechen, gegen den Versuch einer Remilitarisierung Stellung zu nehmen, nur nicht Ihnen. Wenn die Tageszeitungen berichten, daß der General Müller Vorstandsmitglied der National-Demokratischen Partei in der Ostzone geworden ist, derselbe Müller, der Mitschuldiger am Debakel von Stalingrad ist, derselbe Müller, der an der Erinnerung einstiger Waffenbrüderschaft mit Sowjetrußland zehrt als Nach-

folger derjenigen Kreise in Deutschland, die, als die Republik von Weimar sich in schwerstem Existenzkampf befand, ihre Querverbindungen zu Rußland ausbauten, dann bedarf es ganz einfach keiner weiteren Beweise dafür, daß gerade Sie die Remilitarisierung Deutschlands betreiben. Wir sind gewohnt, Deutschland auch in dieser Frage als eine Einheit zu sehen, und haben deshalb die Pflicht, zu erklären, daß das, was sich unter Umständen im Westen herausbildet, in der Ostzone bereits Tatsache und damit eine Gefahr ist, gegen die wir uns mit aller Entschiedenheit wenden.

Erlauben Sie mir schließlich als Vertreter einer bestimmten Generation, Ihnen meine Auffassung zur Remilitarisierung zu sagen. Einer Generation, die bereits zweimal um ihr Glück betrogen worden ist. Eine Generation, die hoffentlich in ihrer Mehrheit nicht mehr daran denkt, den Sinn des Lebens darin zu sehen, auf dem Schlachtfeld zu sterben, und die es ablehnt, sich zu einer Auffassung zu bekennen, in der es heißt: „Kein schön'rer Tod, als der, vom Feind erschlagen“. Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen jeden Versuch, ob vom Osten oder vom Westen, die Remilitarisierung Deutschlands überhaupt noch einmal in Erwägung zu ziehen. Der Krieg und seine Folgen haben von uns manches Opfer verlangt, manches Opfer, das wir nicht begreifen und auch Opfer, die unseren Widerspruch finden müssen. Zu einem Opfer allerdings sind wir sehr gerne bereit, zum Opfer des Verzichts, in Deutschland niemals wieder einen einzigen Pfennig für militärische Zwecke zu verwenden. Wir glauben, daß gewisse Publizisten in diesem Land dem deutschen Volk einen schlechten Dienst erwiesen haben, wenn sie glauben, durch den Ruf nach Remilitarisierung des Westens einen Damm gegen die Gefahren aus dem Osten aufzurichten zu können. Wir möchten nicht soweit gehen, zu behaupten, daß es sich hierbei um bestellte Arbeit handelt, im Hinblick auf das Echo, daß diese Vorschläge im Ausland, und zwar im nationalistischen Ausland gefunden haben. Zum Glück hat die Mehrheit des deutschen Volkes, der einfache Mann, auf solche Vorschläge besser reagiert als diejenigen in unserem Lande, die so gerne für sich in Anspruch nehmen, alleinige Träger der öffentlichen Meinungsbildung zu sein.

Wenn in der Zeitung des erwähnten Publizisten die Forderung erhoben wurde, die deutsche Jugend wieder zu remilitarisieren, und sei es auch nur zu dem Zweck der Ermöglichung eines sogenannten hinhaltenen Widerstandes, so haben wir auch dazu unsere eigene Auffassung. Wir haben zwar nichts gegen das Tun und Lassen dieses Rezeptoren während des vergangenen Krieges einzuwenden, weil wir bis dato immer noch der Meinung gewesen sind, es würde sich um einen Gegner jeglicher Art von Faschismus handeln und nicht nur um einen Gegner des spezifisch deutschen Nationalismus. Wir scheinen uns aber in unserer Auffassung zu unterscheiden, wenn wir feststellen, daß wir nicht nur Gegner eines Faschismus deutscher Spielart sind, sondern auch, wenn er als Gefahr westlich unserer Grenzen droht. In diesem Zusammenhang ist wohl die Frage an diesen Freund westdeutscher Remilitarisierung angebracht: „Wo haben Sie den letzten Krieg verbracht und wo gedenken Sie den nächsten zu verbringen?“ Die deutsche Jugend hat nicht die Absicht, noch einmal für irgendwelche Interessen, die nicht ihre Interessen sind, ihre Haut zu Markte zu tragen. Sie ist der Meinung, daß ihre Aufgabe und ihre Erfüllung in einer anderen Richtung zu suchen sind, als der Erwägung der Mög-

lichkeit eines neuen Krieges. An uns wird die Forderung nach Reparationen gerichtet. Wir sind zu jeder vernünftigen Reparation bereit. Wir sind in erster Linie zu solchen Reparationen bereit, die man billigerweise an uns stellen sollte, die Gefahren in unserem Volke auszuräumen, die unter Umständen Anlaß sein könnten, daß andere Länder um ihre Sicherheit bangen müssen. Wir glauben, daß es ein historisches Unglück nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt wäre, wenn man dem Deutschen das Gefühl geben würde, ihn ausschließlich seines militärischen Kräftepotentials wegen zu benötigen. Ich wage die Behauptung aufzustellen, daß die Fähigkeit der Deutschen garnicht auf militärischem Gebiet liegt, sonst hätten wir nicht in kurzer Zeit zwei Kriege hintereinander verloren. Denn zur militärischen Fähigkeit gehört auch die richtige Einschätzung der Stärke des Gegners, gehört auch die Gesamtbeurteilung der Umstände, die für die Führung eines Krieges notwendig sind. Wenn ein Land es notwendig hat, für eine Generation wenigstens von dem Gedanken befreit zu werden, seinen Weg nur über die militärische Kraft machen zu können, dann ist es Deutschland und das deutsche Volk. Es hätte genügt, 10 Jahre diesen unglückseligen Tag von 1933 hinauszuschieben, um in Deutschland eine solche Generation herangezogen zu haben. Soweit unter Ihnen ehemalige Komp.-Chefs sind, werden Sie mir bestätigen können, daß etwa die Jahrgänge 1904 bis 1908 die denkbar ungeeignetsten im Sinne der zweifelhaften militärischen Werte waren. Wir haben die Hoffnung, daß es einer kommenden Generation gelingt, der Welt den Nachweis zu erbringen, daß die Fähigkeiten der Deutschen auf anderen Gebieten liegen, um dann diese besseren und edleren Fähigkeiten im Interesse Deutschlands und der ganzen Welt nutzbar zu machen.

Namens meiner Generation möchte ich hier zum Ausdruck bringen, daß sie unverbrüchlich an die Werte europäischer und damit friedlicher Zusammenarbeit glaubt und daß wir als Angehörige einer geschlagenen Nation nicht nur aus dem Gefühl machtpolitischer Ohnmacht heraus an die Notwendigkeit der Schaffung eines wirklichen Europas glauben. In dieses Europa möchte die deutsche Jugend, geläutert durch die Folgen des Krieges, geläutert durch die Schrecknisse, durch die sie gegangen ist, nicht mit Händen hinein kommen, an denen Blut klebt und von denen erneut der Schrecken ausging. In diese europäische Gemeinschaft möchte die deutsche Jugend, möchte meine Generation die Werke des Friedens, des Aufbaues, die wirklichen Werte des deutschen Volkes hineinbringen.

Präsident:

Das Wort hat der Abgeordnete Steger (DP.).

Abg. Steger:

Meine Damen und Herren! Die Aeußerungen, auf welche die Anfrage der KPD. sich bezieht, haben wir nicht zu vertreten, aber die Anfrage selbst zeigt doch, wozu solche Aeußerungen gebraucht oder, besser gesagt, mißbraucht werden können. Wir sind der Auffassung, daß durch eine derartige Anfrage versucht wird, Antworten herauszulocken, die die Verwirrung nur vergrößern können und die nicht zur Befriedung beitragen. Wir sind einzig und allein an einer solchen Befriedung interessiert, denn, meine Damen und Herren, schließlich haben wir die Trümmerhaufen ja täglich vor Augen, nicht nur die baulichen Trümmerhaufen, sondern die Trümmerhaufen auf allen Gebieten des Lebens. Gerade wir in diesem Hause, die wir

an einem neuen Staatsaufbau arbeiten, wir wissen doch, wie schwierig das ist. Wir verurteilen also diese Anfrage wegen ihres rein provokatorischen Charakters (Zuruf Abg. Feller: Wissen Sie überhaupt, was das bedeutet!), zumal sie sich der sattsam bekannten Methode bedient: „Haltet den Dieb“. Wenn schließlich in dieser Anfrage auch von stärkster Beunruhigung der deutschen Bevölkerung die Rede ist, so möchten wir ganz eindeutig erklärt haben, daß die Beunruhigung, unter der das Leben der freiheitlich gesinnten Menschen der westlichen Welt leidet, ausschließlich und allein von jener dunklen Macht im Osten, her stammt (Zuruf Abg. Buschmann (KPD.): Ich kann Ihnen genau die Seite sagen aus Hitlers „Mein Kampf“ - Aus Hitlers „Mein Kampf“ haben Sie das Zitat gebracht - weitere Proteste und Zurufe des Abg. Buschmann - Glocke des Präsidenten.)

Präsident:

Herr Abgeordneter Buschmann, Sie haben Gelegenheit, nachher zu sprechen!

Abg. Steger (fortfahrend):

Wir haben eben eine Vorlesung über den militärwissenschaftlichen Sozialismus gehört. Es ist hier gesagt worden: Keinen Mann und keinen Groschen für das, was westlich ist... Aber, meine Damen und Herren, alles für das, was im Osten ist, nicht nur die Groschen und Männer, nein, auch die Frauen! - Also, wir zweifeln nicht daran, daß aus der Erkenntnis, die uns inzwischen geworden ist, das Verhalten der westlichen Völker, auch das unsrige, letzten Endes bestimmt werden wird.

Präsident:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Wuermeling (CDU.).

Abg. Dr. Wuermeling:

Die Antwort, die der Beauftragte des Herrn Ministerpräsidenten auf die Große Anfrage gegeben hat, hatte uns an sich so befriedigt, daß wir von uns aus eine Besprechung nicht mehr für erforderlich hielten. Deswegen habe ich auch nicht die Absicht, die den Fraktionen gewährten 15 Minuten für die Aussprache hier auszunutzen, sondern möchte mich nur auf einige ganz kurze Bemerkungen beschränken, weil die CDU. als größte Fraktion nicht völlig ohne jede Stellungnahme in der Reihe der Parteien bleiben möchten.

Wir halten, meine Damen und Herren, die Große Anfrage der KPD. für nichts anderes als ein Propagandamanöver und sind der Meinung, man sollte solchen Manövern nicht mehr Bedeutung zumessen, als ihnen zukommt. Denn die Bevölkerungskreise, die hinter dieser Anfrage heute noch stehen, sind ja schon wieder im letzten Jahr viel weniger und nicht mehr geworden. Man soll also nicht allzuviel über diese Dinge reden, weil man damit den Antragstellern nur den Gefallen tut, den sie gern haben möchten.

Im übrigen zur Sache: Meine Damen und Herren! Wir sind zur Zeit als Deutsche wohl nicht legitimiert, Außenpolitik in dem Sinn zu treiben, daß wir die Frage einer Militarisierung überhaupt behandeln. Die Zuständigkeit für diese Dinge liegt ausschließlich bei den Besatzungsmächten und, wenn es um die Frage geht, ob in dieser Richtung etwas geschehen soll oder nicht, dann haben wir als deutsches Volk nur den einen Gedanken dazu: Wir wollen nichts als Frieden, Frieden und nochmals Frieden, weil niemand, meine Damen und Herren, von einer kriegerischen Auseinandersetzung mehr Schaden und Nachteile zu erwarten hätte, als gerade unser leidgeprüftes deutsches Volk. (Zuruf Abg. Feller: „Der Rheinische Merkur“ verlangt es aber.) Meine Damen und Herren! Ich glaube,

daß wir in den Westzonen in dieser Tendenz restlos einig sind unter uns und auch restlos einig sind mit den 3 westlichen Besatzungsmächten. Ich wage nicht, die Behauptung aufzustellen, daß drüben das Gegenteil der Fall ist. Ich kann aber auch nicht die Behauptung aufstellen, daß das drüben nicht so ist, denn die Tendenzen, die sich dort in den letzten Monaten auf diesem Gebiet - sie sind ja hier in der Debatte zum Teil schon behandelt worden - bemerkbar gemacht haben, sind außerordentlich bedenkenerregend. Wenn von der KPD. hier die Gefahr einer kasernierten Polizei an die Wand gemalt wurde, die bei uns überhaupt nicht vorhanden ist, so möchte ich nochmals unterstreichen, daß gerade diese kasernierte Polizei in der Ostzone in Hunderttausenden von Exemplaren vorhanden ist, und zwar in einer Form, meine Damen und Herren, die auch unter anderen Gesichtspunkten das größte Aergernis erregen muß. Ich begrüße es, daß diese Debatte hier Gelegenheit bietet, einmal darauf hinzuweisen, daß in den Ost-Berliner Kasernen die männlichen und die weiblichen Polizeibeamten in den gleichen Schlafräumen Bett an Bett und Bett über Bett untergebracht sind zur Empörung der anständigen Deutschen, die in diese Kasernen aus der Kriegsgefangenschaft in Rußland mit Versprechungen hingelockt werden (Zurufe Frau Abg. Halein, KPD.: Haben Sie das gesehen? - Weitere Proteste der Frau Abg. Halein). Das, meine Damen und Herren, ist das, was uns die Flüchtlinge aus der Ostzone mitbringen. (Zwischenrufe: Abg. Buschmann, KPD.: Drüben ist die Menschentresserei! - Abg. Halein, KPD.: Ich beschwere mich für die deutschen Frauen!) Und wir haben Anlaß, diesen Tatsachenberichten mehr zu glauben, als einer gewissen Presse, deren Wahrhaftigkeit wir kennen (Proteste bei der KPD. - Zuruf Abg. Frau Halein, KPD.: Pfui, so etwas zu sagen!).

Meine Damen und Herren! Wenn dann von Militaristen gesprochen wird, die hier im Lande tätig sein sollen, dann frage ich, wer ist denn der Herr Polizeipräsident Markgraf in Berlin? Und ich frage, was ist denn mit der Paulus-Armee? Ist sie vielleicht, soweit sie besteht, in den Westzonen oder von den westlichen Alliierten aufgestellt worden? Oder steht sie unter dem Schutz derjenigen Kräfte, denen Sie innerlich nahestehen? (Zwischenrufe der KPD. - Glocke des Präsidenten).

Präsident:

Meine Damen und Herren! Ich darf doch bitten, zunächst einmal den Redner sprechen zu lassen. Ich muß entsprechend eingreifen, wenn dauernd diese Zwischenreden gehalten werden.

Abg. Dr. Wuermeling (fortfahrend):

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun zum Schluß kommen, weil, wie ich schon sagte, ich es nicht für notwendig halte, mit einer langen Debatte über diese Frage noch offene Türen einzurennen. Ich möchte lediglich noch feststellen, daß bei mir völlige Einmütigkeit mit dem Herrn Kollegen Feller darüber besteht, daß wir uns beide über den Begriff der Demokratie nicht einig sind. Wir sind uns tatsächlich völlig uneinig über den Begriff der Demokratie, denn nach unserer Auffassung von Demokratie sind diejenigen Kräfte einzulochen, die nicht die anständigen sind, und nach Ihrer Auffassung von Demokratie werden die Kräfte ins Gefängnis gesteckt, die die anständigen sind. Das ist der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Auffassung. (Zuruf Abg. Feller, KPD.: Die Kriegsverbrecher sind die „anständigen“ Deutschen!).

Meine Damen und Herren! Damit lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich glaube nicht, daß nach der Debatte, die geführt worden ist, noch viel gesagt zu werden braucht. Es liegt uns als größte Partei daran, gegenüber diesen „Anpflaumungen“, möchte ich sagen, durch die Große Anfrage, eindeutig herauszustellen, daß wir energisch alle Bestrebungen ablehnen, die

auf irgendetwas wie Militarismus hinzielen oder damit verwandt sind.

Die Entsetzen der beiden letzten Kriege sind über unsere Heimat und unser Vaterland gekommen und sind in ihrer Auswirkung so furchtbar gewesen, daß niemand, der noch Verunft hat, den Wunsch haben kann, daß derartige Ereignisse sich wiederholen. Wir haben nur einen Wunsch für unser Volk und für alle anderen Völker auch, den einen Wunsch, den wir besonders an die Linke des Hauses und an den Osten richten, den Wunsch, daß wir im Sinne der Atlantik-Charta in „Freiheit von Furcht“ leben können.

Präsident:

Das Wort hat der Abgeordnete Buschmann (KPD.):

Abg. Buschmann:

Meine Damen und Herren! Wenn es der tatsächliche Wille der Fraktionen dieses Hauses ist, deren Sprecher sich hier zu Wort gemeldet haben, unter allen Umständen jede Art der Remilitarisierung zu verhindern, dann ist es unverständlich, wieso man die Große Anfrage, die sich mit der Frage der Remilitarisierung beschäftigt, als eine provokatorische Anfrage bezeichnen kann. Entweder ist das eine, das erste richtig, und dann ist man daran interessiert, ganz gleich, von welcher Seite irgend eine Anfrage gemacht wird, auch dem geringsten Zweifel auf den Grund zu gehen. Wenn man aber bei dem geringsten Versuch der Stellungnahme zu irgendwelchen Bestrebungen der Remilitarisierung ausgesprochene Drohungen gegen die Fragesteller folgert, dann kann kein anderer Schluß übrigbleiben als der, daß Sie in Wirklichkeit nicht bereit sind, den Kampf gegen den Versuch der Remilitarisierung aufzunehmen. Denn Sie können doch keinen Menschen glauben machen, keinen Menschen, der die Tagespresse liest und keinen Menschen, der sich mit der Entwicklung in Deutschland und mit der Entwicklung um Deutschland herum befaßt, daß die Frage der Remilitarisierung des deutschen Volkes nicht auf der Tagesordnung steht. Auch, meine Herren von der CDU, durch Ihre Parteipresse geht doch schon seit Monaten in wiederholten Fällen die Diskussion um diese Frage und auch in der „Freiheit“... (Unruhe, Zurufe: Hört, hört!) und auch im „Rheinischen Merkur“ und auch im „Mainzer Anzeiger“. Diese Tatsache ist lebendiger Ausdruck dafür, daß das Problem der Remilitarisierung oder aber der konsequenten demokratischen Umgestaltung auf der Tagesordnung als eine politische Frage, deren Lösung unbedingt gefunden werden muß, steht. Wir haben uns ja in unserer Großen Anfrage auf ganz bestimmte Quellen berufen, die Sie Gelegenheit haben, zu jeder Zeit nachzuprüfen. Es ist unverantwortlich, und es ist keine ernste Stellungnahme, wenn man versucht, sehr unsachlich über diese Dinge hinwegzugehen und daraus ein Propagandamanöver der Kommunisten zu machen. Wir haben hier Zitate des Pressedienstes CDU./CSU, und Sie haben Gelegenheit, meine Damen und Herren, zu prüfen, ob dieser von uns zitierte offizielle Pressedienst CDU./CSU, diese Tatsachen geschrieben hat oder nicht. Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang an eine sehr weitgehende Debatte im Parlamentarischen Rat über eine Verlautbarung im Pressedienst der Sozialdemokratischen Partei und den Herren Vertretern der SPD. im Parlamentarischen Rat. Ihnen ist doch nicht die Idee gekommen, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß eine solche Verlautbarung in Ihrem Pressedienst nicht erfolgt wäre. (Zuruf: Aber nicht über Remilitarisierung!) Ich finde es als recht verantwortungslos, wenn hier der Sprecher der CDU, Herr Dr. Wuermeling, ohne auf diese von uns angeführte Tatsache zurückzugreifen, nicht nur eine Hetze gegen die Kommunisten, sondern ich möchte sagen, eine Völkerhetze im übelsten Sinne geführt hat.

Also, meine Damen und Herren, wir haben nicht aus propagandistischen und organisatorischen Erwägungen heraus diese Große Anfrage formuliert. Es ist in diesem Zusammenhang vielleicht ganz interes-



sant, den Inspirator dieser Großen Anfrage einmal beim Namen zu nennen - das bin ich. Und ich gehöre der jungen Generation an, und ich gehöre gleichzeitig zu jener Gruppe von Deutschen, die den Kampf gegen den Faschismus und gegen die Kriegstreiber nicht gescheut haben. (Zuruf Abg. Feller: Sehr gut!), ganz gleich, welche Gefahren daraus entstanden sind. Meine Freunde und ich haben es nicht notwendig, uns von irgend jemand eine Legitimation oder Erlaubnis dafür zu holen, daß wir gegen die Bestrebungen der Remilitarisierung Stellung nehmen. Ich möchte deshalb auch persönlich diesen Angriff mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Uns hat es nicht an Mut gefehlt, auch nicht vor der Ära des Faschismus, gegen den Krieg und gegen den Militarismus mit aller Konsequenz zu kämpfen und Tausende von uns haben dafür ihr Leben gelassen. Wir werden es nicht zulassen, daß man diese Opfer, die wir in diesem Kampf gebracht haben, in den Kot tritt. (Zurufe der KPD.: Sehr richtig!)

Ich habe bei der letzten Plenarsitzung einen Zwischenruf gemacht, und zwar bei einer Ausführung des Herrn Präsidenten Dr. Zimmer, als er davon sprach, daß die Generalität der ehemaligen deutschen Wehrmacht in der Organisation der Polizei der Ostzone eine sehr große Rolle gespielt habe, und zwar eine solche Rolle, wie sie die Generalität im Westen Deutschlands niemals spielen könne. Ich habe da den Zwischenruf gemacht: Nennen Sie bitte Namen! Daraufhin hat Herr Dr. Zimmer geantwortet: Die Zeitungen schreiben es ja! (Zuruf Dr. Zimmer: Ja, Graf von Einsiedeln!) Darauf habe ich in sehr sachlicher Form, und das wird mir Herr Dr. Zimmer bestätigen, im Anschluß an die Sitzung mit ihm über diese Frage gesprochen und ich habe ihm dabei erklärt, daß ich von den fünf Polizeipräsidenten in der Ostzone vier persönlich jahrelang kenne, daß ich mit ihnen in der illegalen Arbeit gegen die Hitler-Politik gestanden habe, daß ich mit ihnen jahrelang in Konzentrationslagern und in Gefängnissen gewesen bin, daß wir an der gleichen Kette gelegen haben. Diese Männer, das ist Richard Stenom für Brandenburg, ist der ehemalige Führer der SAJ Saarbrücken, Ernst Brun, für Thüringen, das ist Hans Karl für Mecklenburg, ein Mann, der vor kurzer Zeit allerdings gestorben ist, und das ist ein Mann wie Ludwig Relle, der in Deutschland ein Begriff ist. (Zuruf Abgeordneter Feller: Und in der Welt!). Das sind diejenigen Männer, die die Polizei in der Ostzone führen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Männer die Polizei niemals gegen das deutsche Volk führen werden, und daß sie es niemals zulassen werden, daß sich der Faschismus, ganz gleich in welcher Form, wieder in der Ostzone organisieren könnte. (Beifall links - Zuruf Abg. Jahn: Nehmen Sie dort gegen die Meinung Stellung, werden Sie verhaftet und eingesperrt!) Sie sollten sich doch bemühen, wenn wir wirklich in der Frage der demokratischen Freiheit Ernst machen. (Zuruf Abgeordneter Jacobs: Sagen Sie nur noch, es gäbe dort nur Erholungsheime! - Abgeordneter Jahn: Unverantwortliche Demagogie und Lügenhetze sind nie Demokratie!) Ich erinnere Sie daran, daß es einen Plan „M“ gegeben hat. Die gesamte Weltpresse hat über diesen Plan „M“ wochen- und monatelang geschrieben. Millionensummen sind dafür ausgegeben worden. Was war das Resultat? Der völlige Zusammenbruch und das Eingeständnis einer Erfindung. Ich frage Sie, nützt denn eine solche Politik irgendwelchen fortschrittlichen Kräften, dem deutschen Volk überhaupt, und schadet nicht vielmehr eine solche Politik nicht nur den Kommunisten? Denn wir sind doch dabei nicht nur allein die Betroffenen. Das hat der Hitlerkrieg und der Antikommunismus Hitlers am besten bewiesen. Diese Politik schadet dem

gesamten deutschen Volke und darüber hinaus auch den anderen Völkern. Das ist eine Tatsache, die man nicht von der Hand weisen kann. So sollen wir also bei der Erörterung solcher Fragen von den bestehenden rein sachlichen Tatsachen ausgehen und nicht immer, wenn irgendeine Kritik an den bestehenden Verhältnissen oder an irgendeiner gefährlichen Entwicklung aufgezeigt wird, diejenigen, die es wagen, auf diese Gefahren aufmerksam zu machen - (Zuruf Abgeordneter Jacobs: Dazu gehört im Westen kein Mut!) über die Frage des Mutes bin ich bereit, mich einmal mit Ihnen zu unterhalten... (Unverständliche Zwischenrufe des Abg. Schieder.)

Präsident:

Herr Abgeordneter Schieder! Das Wort hat Herr Abgeordneter Buschmann zur Zeit!

Abg. Buschmann (fortfahrend):

Wir haben ja gerade in der jüngsten Zeit immerhin ein kleines Schulbeispiel dafür bekommen, was es einbringen kann, wenn man für eine bestimmte Sache den Mut aufbringt, seine Meinung frei zu äußern. Ich möchte aber auf die letzten Schlußäußerungen von Herrn Dr. Wuermeling zurückkommen, der sich bemühte, das ganze Problem mit all seinen Konsequenzen, das ganze Problem der Remilitarisierung von der Tagesordnung abzusetzen mit dem einfachen Hinweis, daß das deutsche Volk nicht im Stande sei, über solche Fragen zu diskutieren, da solche Fragen in das Gebiet der Außenpolitik fallen würden und daß die Außenpolitik aber nicht von deutschen Vertretern, sondern von den Militärregierungen logisch und konsequenterweise wahrgenommen werden. Nun, wir sind der Meinung, daß Fragen von solcher Bedeutung das urchigste Recht des deutschen Volkes sind (Zuruf links: Sehr richtig!) und daß auch in der Zeit der Besetzung die Wahrnehmung dieses Rechts in keinerlei Widerspruch zu den feierlichen Erklärungen der Alliierten über die Ziele ihrer Besatzungspolitik in Deutschland darstellt. Deshalb möchte ich abschließend sagen: Wir hatten nicht nur den Mut, sondern wir werden immer den Mut haben, gegen alle Gefahren der Remilitarisierung und gegen alle Gefahren des Aufkommens eines neuen Faschismus konsequent anzukämpfen, ganz gleich, wie stark die Bataillone sein werden, die uns gegenüber treten. (Sehr gut!)

Präsident:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, die Besprechung ist geschlossen.

Wir kommen zum Punkt 12 der Tagesordnung: Große Anfrage der Fraktion der KPD, betr. Realisierung des Artikels 61 der Verfassung (Drucks. II/814).

Wird zur Begründung das Wort gewünscht? Es ist der Fall. Das Wort hat Abgeordneter Buschmann (KPD.).

Abg. Buschmann:

Meine Damen und Herren! Unsere Große Anfrage, formuliert in der Drucksache II/814, war bereits im Dezember vergangenen Jahres Anlaß zu einer sehr gründlichen Debatte in diesem Hause. Wir hatten damals den Herrn Ministerpräsidenten gefragt, warum die Realisierung des Artikels 61 der Verfassung, die Vorbereitung eines Gesetzentwurfes zur Anwendung des Artikels 61 unterlassen worden sei. Damals gab der damalige Wirtschaftsminister Neumayer zu unserem Antrag eine Erklärung ab, die wohl nicht nur bei uns,

sondern bei der Gesamtheit des Hauses den Eindruck hinterließ, als ob mit dem baldigen Erscheinen eines Gesetzentwurfes zur Realisierung des Artikels 61 der Verfassung zu rechnen sei. In der damaligen Debatte erklärte der Sprecher der CDU., Dr. Wuermeling, zu diesem Antrag, daß es der Wille der CDU. sei, den Verfassungsartikel über die Sozialisierung unter allen Umständen seinem vollen Inhalt nach zur Durchführung zu bringen, weil die CDU. entschlossen sei, die entscheidenden Schlüssel-Industrien der privaten Hand zu entziehen, soweit das im Interesse des Gemeinwohls geboten sei. Auch der Vertreter der SPD., Abgeordneter Ludwig, der gleichzeitig den Wunsch der Gewerkschaften bei seiner Stellungnahme zum Ausdruck brachte, forderte die baldmögliche Schaffung eines Gesetzes zur Realisierung des Artikels 61 der Verfassung, das heißt, eines Gesetzes über die Durchführung zur Überführung von Schlüssel-Unternehmungen, wie Kohle, Kali- und Erzbergbau, der eisenerzeugenden Industrie, der Energiewirtschaft sowie des an Schienen oder Oberleitungen gebundenen Verkehrswesens in Gemeineigentum. Diese Debatte spielte sich am 3. Dezember 1947 ab. Es ist also mehr als ein Jahr während dieser Zeit verstrichen. Die Landesregierung hat aber in dieser Frist dem Landtag noch keinen Gesetzentwurf, der den Artikel 61 der Verfassung betrifft, vorgelegt. Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß sich die Landesregierung in die Gefahr begibt, wenn sie nicht in kürzester Frist dem Landtag ein solches Gesetz zuleitet, einen Verfassungsbruch zu begehen und daß wir vor nicht allzu langer Zeit von dem Herrn Justizminister vernommen haben, wie bis in alle Einzelheiten und Kleinigkeiten die Landesregierung nach seiner Erklärung die Innehaltung der Verfassung beachtet. Ich möchte darauf hinweisen, daß in dem Artikel 143 der Verfassung gesagt wird, „die Regierung hat die zur Ausführung von Verfassungsbestimmungen erforderlichen Gesetze binnen zwei Jahren nach dem Zusammentreten des Landtages den gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlußfassung vorzulegen“.

Meine Damen und Herren! Die Verfassung feiert in Kürze ihren zweijährigen Geburtstag (Zuruf Abgeordneter Hertel [SPD.]: Ist sie so alt? - Weiterer Zuruf Abgeordneter Feller [KPD.]: Und kann immer noch nicht gehen - sie hat die Englische Krankheit!), und es dürfte doch nicht in der Absicht der Regierung liegen, daß zum 2. Geburtstag hier ein wesentlicher Teil der körperlichen Bildung, der Herausbildung der Verfassung, fehlen würde, so daß vielleicht aus dieser Verfassung ein sehr bedauerlicher . . . (Zuruf Abgeordneter Hertel [SPD.]: Sie kriegt jetzt runde Backen von dem neuen Schmalz!). Meine Damen und Herren! Aus diesen Überlegungen heraus und insbesondere der immer stärkeren Erkenntnis, daß jene Kräfte in Rheinland-Pfalz, die daran interessiert sind, unter allen Umständen versuchen, die Realisierung des Artikels 61 der Verfassung zu verhindern, immer aktiver in ihren Bestrebungen werden, fordern wir von der Landesregierung die Einlösung dieser Verfassungsversprechung, die sie am 3. Dezember 1947 vor dem Landtag nochmals feierlich wiederholt hat.

Präsident:

Zur Beantwortung der Großen Anfrage hat das Wort Herr Staatssekretär Dr. Steinlein.

Staatssekretär Dr. Steinlein:

Meine Damen und Herren! Es besteht nicht die Gefahr, daß die Landesregierung einen Verfassungsbruch

begehen wird, denn alle Vorbereitungen zur Durchführung des Artikels 61 sind in die Wege geleitet. Auch werden dem Ministerrat die entsprechenden Entwürfe zugehen. (Zuruf KPD.: Schon seit 2 Jahren!) Sie wissen aber selbst, daß in der Zwischenzeit verschiedene Momente eine Verzögerung der Angelegenheit bedingten, da einerseits die Besatzungsmächte der Bizone die dort vorliegenden Sozialisierungsgesetze mit der Begründung abgelehnt haben, die Sozialisierung könne nur auf gemeinschaftlicher Grundlage der Länder durchgeführt werden. Andererseits ist auch in dem vorgesehenen Grundgesetz für den Deutschen Bund die Frage der Sozialisierung zu einer Angelegenheit des Bundes erklärt worden. Die Sichtung und Prüfung des umfangreichen Materials haben die Schwierigkeiten bestimmt nicht gefördert, jedoch ist jetzt eine abschließende Beurteilung in der Form möglich, die durch die dem Ministerrat zugeleitete Vorlage erkennbar wird.

Präsident:

Ich muß zunächst die Unterstützungsfrage stellen. Wird gewünscht, daß die Aussprache eröffnet wird? Wer dafür ist, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Ergebnis: 16 Stimmen der SPD. und KPD.

Abg. Dr. Zimmer (CDU.):

Zur Geschäftsordnung: Ich möchte doch bitten, die Debatte darüber zu vertagen, wenn, wie der Vertreter des Herrn Ministers mitteilt, die Gesetzentwürfe bereits vorliegen oder demnächst dem Parlament vorgelegt werden. Dann wird sowieso eine Generaldebatte erfolgen müssen. Es ist zweckmäßig, daß wir die Debatte bis zu dem Augenblick verschieben, wo wir den Gesetzentwurf vor uns liegen haben. Ich möchte deshalb darum bitten, daß die Antragsteller nicht auf einer Erörterung heute bestehen.

Abg. Hertel (SPD.):

Unsere Fraktion ist bereit, heute auf eine Aussprache zu verzichten, wenn uns als feststehend zugesichert wird, daß alles darangesetzt wird, diesen Gesetzentwurf in kürzester Zeit zur Beratung zu stellen.

Ministerpräsident Altmeier:

Meine Damen und Herren! Die Gesetzesvorlage liegt dem Ministerrat bereits vor. Sie wird beraten und dem Landtag schnellstens zugeleitet.

Präsident:

Damit glaube ich, daß eine Aussprache nicht statzufinden braucht.

Abg. Feller (KPD.):

Wir möchten trotzdem widersprechen und auf der Aussprache bestehen aus dem einfachen Grund, weil wir, wie schon festgestellt wurde, zwei Jahre auf das Gesetz warten, und wir nicht einsehen, uns noch einmal auf unbestimmte Zeit verträsten zu lassen. Wenn der Entwurf erfreulicherweise bis zur nächsten Sitzung vorliegen würde, was ich nach den bisherigen Erfahrungen bezweifeln möchte, so schadet es nichts, wenn wir heute, in die Aussprache eintreten, nachdem bereits die Unterstützungsfrage gestellt ist, und die Aussprache ohne weiteres stattfinden kann. Wir können jetzt schon ein solches Gesetz besprechen.

Präsident:

Die Unterstützungsfrage war noch nicht gestellt. Es waren nicht alle Abgeordneten der SPD.-Fraktion dafür. Ich stelle erneut die Unterstützungsfrage.

Zuruf Abg. Feller (KPD.):

Die Unterstützungsfrage war gestellt, Herr Präsident!

Präsident:

Wer dafür ist, daß in die Aussprache eingetreten wird, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. - Es reicht nicht, es sind keine 18 Abgeordneten.

Abg. Feller (KPD.):

Ich protestiere gegen dieses Verfahren, Sie haben die Abstimmung ohne Grund wiederholt. Es war abgestimmt und 16 Abgeordnete hatten sich bereiterklärt, in die Aussprache einzutreten. Ihre zweite Abstimmung war somit hinfällig und geschäftsordnungswidrig.

Präsident:

Während die Besprechung stattfand, hat der Abgeordnete Dr. Zimmer (CDU) das Wort zur Geschäftsordnung gewünscht und zur Geschäftsordnung gesprochen.

Abg. Feller (KPD.):

Es war abgestimmt!

Präsident:

Es war noch nicht abgestimmt. Die abgegebene Erklärung der Landesregierung hat eine völlig neue Situation geschaffen, die eine neue Abstimmung erforderlich machte.

Abg. Feller (KPD.):

Man scheint Angst zu haben vor der Aussprache.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Ich darf mitteilen, daß morgen früh um 9 Uhr der Finanzausschuß mit dem Hauptausschuß zusammen tagt, um 12 Uhr tritt der Ältestenrat zu einer kurzen Besprechung zusammen.

Die nächste Sitzung findet morgen nachmittag, 14 Uhr, statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16.35 Uhr.